



PROSPEKT

Candriam Multi-Stratégies

1. April 2024



I. ALLGEMEINE ANGABEN

Bezeichnung: Candriam Multi-Stratégies

Rechtsform des OGAW: Rechtlich unselbständiger Investmentfonds (Fonds Commun de Placement [FCP]) nach französischem Recht.

Datum der Auflegung und vorgesehene Laufzeit: Auflegung am 19.11.2003 für eine Dauer von 99 Jahren. Die Änderung der Verwaltungsgesellschaft von Candriam France in Candriam erfolgte am 1. Juli 2022.

Kategorie	ISIN	Verwendung der ausschüttungsfähigen Beträge	Basiswährung	Mindestbetrag Minimum bei Erstzeichnung (*)	Mindestbetrag bei Folgezeichnung	Erster Nettoinventarwert	Mögliche Zeichner
Anteile Classique	FR0010033589	Thesaurierung	EUR	entfällt	entfällt	1.000,00 EUR	Alle Anleger

(*)Der Mindestbetrag bei Erstzeichnung gilt nicht für die Verwaltungsgesellschaft, die verschiedenen Gesellschaften der Candriam Group und nicht für die Fonds, die von einer Gesellschaft der Gruppe verwaltet werden.

Ort, an dem der letzte Jahresbericht und der letzte periodische Bericht erhältlich sind

Die letzten Jahres- und Halbjahresberichte werden Anteilhabern binnen einer Woche zugesandt auf Anfrage an:

CANDRIAM

SERENITY – Bloc B
19-21 route d'Arlon
L-8009 Strassen (Großherzogtum Luxemburg)

Candriam – Succursale Française

40, rue Washington
75408 PARIS Cedex 08
Tel.: +33 (0)1 53 93 40 00

www.candriam.com

Kontakt: <https://www.candriam.fr/contact/>

Ergänzende Informationen können bei der Verwaltungsgesellschaft unter vorstehender Anschrift bezogen werden.

Ort, an dem die »Abstimmungspolitik« erhältlich ist

Das Dokument »Abstimmungspolitik« und der Bericht, in dem zur Ausübung der Stimmrechte dargelegt sind, können am Sitz der Verwaltungsgesellschaft eingesehen werden oder werden einem jeden Anteilhaber auf Anfrage bei folgender Adresse zugesandt:

CANDRIAM

SERENITY – Bloc B
19-21 route d'Arlon
L-8009 Strassen (Großherzogtum Luxemburg)

Candriam – Succursale Française

40, rue Washington
75408 PARIS Cedex 08
Tel.: +33 (0)1 53 93 40 00

www.candriam.com

Kontakt: <https://www.candriam.fr/contact/>

Um den gesetzlichen Anforderungen zu genügen, kann die Verwaltungsgesellschaft einem bestimmten professionellen Anlegerkreis neben den Pflichtveröffentlichungen die Zusammensetzung des Portfolios des Investmentfonds bereitstellen.

Um die von den Anlegern gewünschten Dienstleistungen zu erbringen und um ihre Pflichten aus den geltenden Gesetzen und Verordnungen zu erfüllen, sammelt, speichert und verarbeitet die Verwaltungsgesellschaft die personenbezogenen Daten von Anlegern auf elektronischem oder sonstigem Wege. Dies erfolgt gemäß den Vorschriften des französischen Gesetzes zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten sowie gemäß jeglicher sonstiger anwendbarer Gesetze und lokaler Verordnungen (in der jeweils geltenden Fassung), einschließlich der Datenschutz-Grundverordnung (EU) 2016/679 (nachfolgend die »Datenschutz-Grundverordnung«) nach deren Inkrafttreten. Die personenbezogenen Daten von Anlegern, die von der Verwaltungsgesellschaft verarbeitet werden, umfassen insbesondere den Namen, die Kontaktdaten (einschließlich der postalischen oder elektronischen Adresse), die Steueridentifikationsnummer (IdNr.), die Bankverbindung, den investierten und im



Fonds gehaltenen Betrag (die »personenbezogenen Daten«). Jeder Anleger kann nach eigenem Ermessen die Bereitstellung seiner personenbezogenen Daten an die Verwaltungsgesellschaft verweigern. In diesem Fall kann die Verwaltungsgesellschaft einen Antrag auf Zeichnung von Anteilen ablehnen. Jeder Anleger hat das Recht: (i) seine personenbezogenen Daten einzusehen (in bestimmten Fällen einschließlich in einem gängigen, maschinenlesbaren Format); (ii) zu erwirken, dass seine personenbezogenen Daten berichtigt werden (sollten diese fehlerhaft oder unvollständig sein); (iii) zu erwirken, dass seine personenbezogenen Daten gelöscht werden, wenn deren Verarbeitung durch die Verwaltungsgesellschaft oder den Fonds nicht länger rechtmäßig begründet ist; (iv) zu erwirken, dass die Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten eingeschränkt wird; (v) der Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten durch die Verwaltungsgesellschaft unter bestimmten Umständen zu widersprechen; (vi) durch ein an die Anschrift ihres Gesellschaftssitzes adressiertes Schreiben an die Verwaltungsgesellschaft bei der zuständigen Kontrollbehörde eine Beschwerde einzureichen. Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt vor allem für die Ausführung von Anträgen auf Zeichnung, Rücknahme und Umtausch von Anteilen, die Zahlung von Dividenden an die Anleger, die Verwaltung der Konten, das Management von Kundenbeziehungen, die Kontrolle übermäßiger Handelsgeschäfte und des Markttings, die steuerliche Identifikation gemäß den in Frankreich oder in anderen Ländern geltenden Gesetzen und Verordnungen [einschließlich der Gesetze und Verordnungen in Verbindung mit dem FATCA- und dem CRS-Programm (»CRS« steht für »Common Reporting Standard« bzw. für den gemeinsamen Standard für meldepflichtige Finanzinformationen; er bezeichnet den von der OECD ausgearbeiteten und insbesondere durch die Richtlinie 2014/107/EU eingeführten Standard für den automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten zu fiskalpolitischen Zwecken)] sowie für die Anwendung der geltenden Vorschriften zum Kampf gegen die Geldwäsche. Die Verarbeitung der von den Anlegern bereitgestellten personenbezogenen Daten erfolgt darüber hinaus zur Führung des Anteilinhaberregisters des Fonds. Außerdem können die personenbezogenen Daten für die Kundenwerbung verwendet werden. Jeder Anleger hat das Recht, der Verwendung seiner personenbezogenen Daten für die Zwecke der Kundenwerbung durch schriftliche Mitteilung an den Fonds zu widersprechen. Die Verwaltungsgesellschaft kann die Anleger um deren Einwilligung bitten, deren personenbezogene Daten zu bestimmten Anlässen, wie beispielsweise zu Marketingzwecken, zu sammeln bzw. zu verarbeiten. Die Anleger können ihre Einwilligung jederzeit wieder zurückziehen. Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten der Anleger durch die Verwaltungsgesellschaft erfolgt zudem, wenn diese Verarbeitung erforderlich ist, um ihrem Auftrag als Verwaltungsgesellschaft gegenüber den betreffenden Anlegern gerecht zu werden, oder wenn dies per Gesetz verlangt wird, beispielsweise, wenn der Fonds hierzu von staatlichen Funktionsträgern oder anderen Regierungsbeamten aufgefordert wird. Des Weiteren verarbeitet die Verwaltungsgesellschaft die personenbezogenen Daten der Anleger, wenn sie diesbezüglich ein berechtigtes Interesse hat und die Rechte der Anleger auf den Schutz ihrer personenbezogenen Daten nicht Vorrang vor diesem Interesse haben. So hat der Fonds beispielsweise ein berechtigtes Interesse daran, sein ordnungsgemäßes Funktionieren sicherzustellen.

Die personenbezogenen Daten können Tochtergesellschaften und Dritten mit Sitz in der Europäischen Union, die an den Geschäftstätigkeiten des Fonds beteiligt sind, übertragen werden. Hierzu zählen insbesondere die Verwaltungsgesellschaft, die Zentralverwaltung, die Depotbank, die Übertragungsstelle und die Vertriebsstelle. Darüber hinaus können die personenbezogenen Daten Unternehmen übertragen werden, deren Sitz sich außerhalb der Europäischen Union befindet und die Datenschutzgesetzen unterliegen, die unter Umständen nicht das gleiche Datenschutzniveau garantieren. Durch das Zeichnen von Anteilen erklärt sich ein Anleger ausdrücklich mit der Übertragung seiner personenbezogenen Daten an die vorgenannten Unternehmen sowie mit deren Verarbeitung durch diese Unternehmen, einschließlich Unternehmen mit Sitz außerhalb der Europäischen Union und insbesondere mit Sitz in Ländern, die unter Umständen nicht das gleiche Datenschutzniveau garantieren, einverstanden. Gemäß den geltenden Gesetzen und Verordnungen können die Verwaltungsgesellschaft oder der Fonds personenbezogene Daten auch an Dritte, wie beispielsweise Regierungs- oder Regulierungsbehörden, einschließlich Steuerbehörden, innerhalb oder außerhalb der Europäischen Union übertragen. Vor allem können die personenbezogenen Daten den französischen Steuerbehörden offengelegt werden, während diese in Ausübung ihrer Funktion als Verantwortliche für die Datenverarbeitung die personenbezogenen Daten wiederum den Steuerbehörden anderer Länder offenlegen können. Auf an den Gesellschaftssitz der Verwaltungsgesellschaft adressierte Anfrage an den Fonds erhalten Anleger ausführlichere Informationen über die Art und Weise, in der der Fonds die Übertragung von personenbezogenen Daten gemäß der Datenschutz-Grundverordnung sicherstellt. Vorbehaltlich der gesetzlich vorgeschriebenen Aufbewahrungsfrist werden die personenbezogenen Daten lediglich für den zwecks Datenverarbeitung erforderlichen Zeitraum gespeichert.



II. FÜR DEN FONDS TÄTIGE STELLEN

Verwaltungsgesellschaft:

CANDRIAM

Von der CSSF am 1. April 2004 als OGAW-Verwaltungsgesellschaft unter der Nummer S00000626 zugelassen und seit dem 3. Juli 2014 als AIFM unter der Nummer A00000634 eingetragen
SERENITY – Bloc B
19-21 route d'Arlon
L-8009 Strassen (Großherzogtum Luxemburg)

Die Finanzverwaltung wird direkt von CANDRIAM und/oder von einer oder mehreren ihrer und insbesondere Niederlassungen gewährleistet, insbesondere: .

Candriam – Succursale Française

40, rue Washington
75408 Paris Cedex 08

Candriam – Belgian Branch

Avenue des Arts 58
1000 Brüssel (Belgien)

Depotbank und Verwahrstelle:

CACEIS BANK

Aktiengesellschaft (Société Anonyme)
Gesellschaftssitz: 89-91 rue Gabriel Péri
92120 Montrouge
Postanschrift: 12, Place de Etats-Unis
CS 40083 – 92549 Montrouge CEDEX

Tätigkeitsschwerpunkt: Am 1. April 2005 von der Bankaufsichtsbehörde CECEI zugelassene Bank und Erbringerin von Investmentdienstleistungen.

Die Funktionen der Depotbank umfassen die von den geltenden Vorschriften definierten Aufgaben in Bezug auf die Verwahrung von Vermögenswerten, die Prüfung der Rechtmäßigkeit der von der Verwaltungsgesellschaft getroffenen Beschlüsse und die Überwachung der Cashflows des Fonds.
Die Depotbank ist von der Verwaltungsgesellschaft unabhängig.

Eine Beschreibung der übertragenen Aufgaben hinsichtlich der Verwahrung, eine Liste der beauftragten und unterbeauftragten Stellen der CACEIS Bank sowie die Informationen zu den Interessenkonflikten, denen diese beauftragten Stellen unterliegen können, sind über die Website von CACEIS www.caceis.com erhältlich.
Die aktualisierten Informationen werden den Anlegern auf Anfrage zur Verfügung gestellt.

Abschlussprüfer:

PRICEWATERHOUSECOOPERS - AUDIT

Gesellschaftssitz und Postanschrift: 63, rue de Villiers
F-92200 Neuilly Sur Seine
Zeichnungsberechtigter: Amaury COUPLEZ

Beauftragte Stellen:

Die Verwaltung und Rechnungslegung des Fonds erfolgt durch:

CACEIS Fund Administration

Gesellschaftssitz: 89-91 rue Gabriel Péri
92120 Montrouge
Postanschrift: 12, Place de Etats-Unis
CS 40083 – 92549 Montrouge CEDEX

Die Verwaltung der Passiva und die zentrale Verwaltung des Fonds erfolgt durch:

CACEIS BANK

Aktiengesellschaft (Société Anonyme)
Gesellschaftssitz: 89-91 rue Gabriel Péri
92120 Montrouge
Postanschrift: 12, Place de Etats-Unis
CS 40083 – 92549 Montrouge CEDEX

Die Caceis Bank wurde durch Delegation der Verwaltungsgesellschaft mit der Aufgabe der Verwaltung der Passiva des Fonds und in diesem Rahmen auch mit der zentralen Annahme und Bearbeitung der Zeichnungs- und Rücknahmeanträge für Anteile des Fonds betraut.

Die aktualisierten Informationen werden den Anlegern auf Anfrage zur Verfügung gestellt.



Vertriebsstellen:

CANDRIAM

SERENITY – Bloc B
19-21 route d'Arlon
L-8009 Strassen (Großherzogtum Luxemburg)
und/oder über Niederlassungen von CANDRIAM.

Candriam kann die Betreuung des Vertriebs der Anteile des Fonds an Dritte übertragen, die ordnungsgemäß von ihr bevollmächtigt wurden. Der Fonds ist bei Euroclear France zugelassen. Demnach können seine Anteile über Finanzintermediäre gezeichnet oder zurückgegeben werden, die der Verwaltungsgesellschaft nicht bekannt sind.

Berater:

Entfällt.

Politik in Bezug auf Interessenkonflikte:

Die Verwaltungsgesellschaft hat effiziente organisatorische und administrative Verfahren eingeführt und umgesetzt, um Interessenkonflikte zu erfassen, zu verwalten und zu überwachen.

Darüber hinaus verfügt die Verwaltungsgesellschaft über Verfahren zur Auswahl und Überwachung ihrer beauftragten Stellen sowie über eine entsprechende Vertragspolitik, um möglichen Interessenkonflikten zuvorzukommen.

Informationen an die Anteilinhaber in der Bundesrepublik Deutschland

Einrichtungen gemäß Art. 92 Abs. 1 der Richtlinie 2009/65/EG in der Fassung der Richtlinie (EU) 2019/1160

Marcard, Stein & Co AG, Ballindamm 36, D-20095 Hamburg:

- Bei dieser Einrichtung können Anträge auf die Zeichnung, die Rücknahme und den Umtausch von Anteilen eingereicht werden.
- Sämtliche für einen Anteilinhaber bestimmte Zahlungen, einschließlich der Rücknahmeerlöse und etwaiger Ausschüttungen, können auf seinen Wunsch hin über diese Einrichtung geleitet werden.
- Der Verkaufsprospekt, die Basisinformationsblätter, das Verwaltungsreglement des FCP, die letzten veröffentlichten Jahres- und Halbjahresberichte – auf Anfrage jeweils in Papierform – sowie sonstige Angaben und Unterlagen sind bei dieser Einrichtung kostenlos verfügbar.
- Der Nettoinventarwert pro Anteil, die Ausgabe-, Rücknahme-, und Umtauschpreise sind bei dieser Einrichtung kostenlos verfügbar.
- Diese Einrichtung fungiert als Kontaktstelle für die Kommunikation mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

Die Website www.candriam.com:

- Der Verkaufsprospekt, die Basisinformationsblätter, das Verwaltungsreglement des FCP, die letzten veröffentlichten Jahres- und Halbjahresberichte sowie sonstige Angaben und Unterlagen werden auf dieser Website veröffentlicht und sind dort kostenlos verfügbar.
- Der Nettoinventarwert pro Anteil sowie die Ausgabe-, Rücknahme-, und Umtauschpreise werden auf dieser Website veröffentlicht und sind dort kostenlos verfügbar.

Der Verwaltungsgesellschaft des FCP:

- Der Verkaufsprospekt, die Basisinformationsblätter, das Verwaltungsreglement des FCP, die letzten veröffentlichten Jahres- und Halbjahresberichte – auf Anfrage jeweils in Papierform – sowie sonstige Angaben und Unterlagen sind am Gesellschaftssitz der Verwaltungsgesellschaft des FCP kostenlos verfügbar.
- Der Nettoinventarwert pro Anteil sowie die Ausgabe-, Rücknahme-, und Umtauschpreise sind am Verwaltungsgesellschaft des FCP kostenlos verfügbar.

Etwaige Mitteilungen an die Anteilinhaber in Deutschland werden unter www.candriam.com veröffentlicht und an die Anteilinhaber an ihre im Anteilinhaberregister eingetragene Anschrift übersandt. In den folgenden Fällen wird eine Mitteilung per dauerhaftem Datenträger veröffentlicht: Die Aussetzung der Rücknahme der Anteile des Fonds; die Kündigung der Verwaltung des Fonds oder dessen Abwicklung; bei Änderungen von Anlagebedingungen, die mit den bisherigen Anlagegrundsätzen nicht vereinbar sind oder bei anlegerbenachteiligenden Änderungen von wesentlichen Anlegerrechten oder bei anlegerbenachteiligenden Änderungen, die die Vergütungen und Aufwendererstattungen betreffen, die aus dem Investmentvermögen entnommen werden können (einschließlich der Hintergründe der Änderungen sowie der Rechte der Anleger); die Verschmelzung des Fonds oder eines Teilfonds sowie die Umwandlung des Fonds oder eines Teilfonds in einen Feederfonds.

Hinweise für Anleger in Österreich

Kontakt- und Informationsstelle in Österreich

Kontakt- und Informationsstelle in Österreich gemäß den Bestimmungen nach EU-Richtlinie 2019/1160 Art. 92:

Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG
Am Belvedere 1,
A-1100 Wien
E-Mail: foreignfunds0540@erstebank.at



III. FUNKTIONSWEISE UND VERWALTUNG

1. ALLGEMEINE ANGABEN

Art der mit den Anteilen verbundenen Rechte:

Jeder Anteilinhaber besitzt im Verhältnis zur Anzahl der von ihm gehaltenen Anteile ein Miteigentumsrecht am Fondsvermögen.

Eintragung in ein Register bzw. Modalitäten der Verwahrung der Anteile:

Für die Verwahrung der Anteile ist die Depotbank verantwortlich. Es wird darauf hingewiesen, dass die Anteilsverwaltung über Euroclear France erfolgt.

CACEIS führt das Register der Inhaber von (reinen) Namensanteilen.

Stimmrechte:

Die Anteile des Fonds sind mit keinerlei Stimmrecht ausgestattet. Die Entscheidungen trifft die Verwaltungsgesellschaft.

Form der Anteile:

Inhaberanteile oder (reine) Namensanteile.

Stückelung:

Zeichnungen und Rücknahmen können sowohl für ganze Anteile als auch Anteilsbruchteile erfolgen, wobei jeder Anteil in Tausendstel unterteilt wird.

Abschlussstichtag:

Tag der letzten Berechnung des Nettoinventarwerts im Dezember.

Angabe zur Besteuerung:

Der Fonds unterliegt nicht der französischen Körperschaftsteuer. Nach dem Transparenzprinzip betrachtet die französische Finanzverwaltung die Anteilinhaber als unmittelbare Miteigentümer eines Bruchteils der vom Fonds gehaltenen Finanzinstrumente und liquiden Mittel. Die Besteuerung der von dem Fonds vorgenommenen Ausschüttungen oder der von dem Fonds nicht realisierten oder realisierten Kapitalgewinne oder -verluste richtet sich nach den Steuervorschriften, die für den Anleger und/oder in dem Land, in dem der Fonds ansässig ist, anwendbar sind. Anlegern wird empfohlen, sich diesbezüglich beraten zu lassen.

2. BESONDERE BESTIMMUNGEN

Anlageziel:

Das Anlageziel des Fonds besteht darin, innerhalb der empfohlenen Mindestanlagedauer bei einer annualisierten Volatilität von weniger als 5 % eine Wertentwicklung über dem €STR (kapitalisiert) zu erzielen.

Benchmark:

Der herangezogene Indikator berücksichtigt ausdrücklich keine Nachhaltigkeitskriterien.

Der Fonds wird aktiv verwaltet, wobei der Anlageprozess keine Bezugnahme auf eine Benchmark impliziert.

Bezeichnung des Index	€STR (kapitalisiert)
Definition der Benchmark	Das ist der kurzfristige Zinssatz in Euro, der den unbesicherten Tagesgeldsatz in Euro für Banken der Eurozone widerspiegelt.
Verwendung der Benchmark	<ul style="list-style-type: none">- für einen Performancevergleich;- zur Berechnung der Erfolgsprovision bestimmter Anteilklassen
Benchmark-Anbieter	Der EONIA-Index wird vom European Money Markets Institute bereitgestellt, das ein von der ESMA gemäß den Bestimmungen von Artikel 34 der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über Indizes, die bei Finanzinstrumenten und Finanzkontrakten als Referenzwert oder zur Messung der Wertentwicklung eines Investmentfonds verwendet werden, und zur Änderung der Richtlinien 2008/48/EG und 2014/17/EU sowie der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 registrierter Finanzdienstleister ist. Er kann im Internet abgerufen werden https://www.emmi-benchmarks.eu .
	Für die Fälle, dass der Referenzindex nicht länger veröffentlicht wird oder sich seine Zusammensetzung im Wesentlichen ändert, hat die Verwaltungsgesellschaft schriftlich solide Pläne ausgearbeitet. Sollte dies angebracht erscheinen, wählt die Verwaltungsgesellschaft auf der Grundlage dieser Pläne einen anderen Referenzindex. Ein Wechsel des Referenzindex wird in den Prospekt aufgenommen, der aus diesem Anlass geändert wird. Die Pläne sind auf Anfrage am Sitz der Verwaltungsgesellschaft erhältlich.



Anlagestrategie:

• **Verwendete Strategie:**

Dieser Fonds berücksichtigt ausdrücklich keine Analyse von ESG-Aspekten. Insbesondere verfolgt der Fonds kein nachhaltiges Anlageziel und fördert konkret keine ökologischen und/oder sozialen Merkmale im Sinne der SFDR-Verordnung.

Dieser Fonds nimmt bei seinen Direktanlagen und/oder den diesen zugrunde liegenden Basiswerten aus einem oder mehreren der möglichen folgenden Gründe keine systematische Berücksichtigung der wichtigsten nachteiligen Nachhaltigkeitsauswirkungen vor:

- Alle oder ein Teil der emittierenden Gesellschaften stellen keine ausreichenden PAI-Daten (PAI = principal adverse impacts, d. h. wichtigste nachteilige Auswirkungen) bereit.
- Das PAI-Kriterium wird beim Anlageprozess des Fonds nicht als ein entscheidendes Element erachtet.
- Der Fonds setzt derivative Produkte ein, für die eine Behandlung der PAI-Kriterien noch nicht definiert bzw. standardisiert ist.
- Die zugrunde liegenden Fonds können die wichtigsten nachteiligen Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit nicht so berücksichtigen, wie von der Verwaltungsgesellschaft festgelegt.

Angleichung für die Taxonomie

Bei Fonds, die kein nachhaltiges Investitionsziel verfolgen und die ökologische und/oder soziale Merkmale nicht besonders bewerten, werden die diesem Finanzprodukt zugrunde liegenden Investitionen bei der Berücksichtigung der Kriterien der Europäischen Union für nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten im Bereich Umwelt außer Acht gelassen.

Weitere Informationen entnehmen Sie bitte dem Transparenzkodex auf der Website der Verwaltungsgesellschaft:

<https://www.candriam.com/en/private/market-insights/sri-publications/#transparency>

Die eingesetzte Strategie umfasst die diskretionäre Anlage in allgemein ausgerichteten OGA, die direkt oder indirekt von Candriam verwaltet werden und die sowohl traditionelle als auch alternative Anlagestrategien verfolgen können. Die Aufteilung des Portfolios erfolgt abhängig von den Renditeerwartungen für die einzelnen Strategien und Anlageklassen bei gleichzeitiger Kontrolle des Gesamtrisikos. Die erwarteten Renditen werden generell auf der Grundlage von vier Untersuchungsarten bestimmt:

1. Analyse des makroökonomischen Umfelds und dessen Auswirkungen auf herkömmliche Vermögenswerte (Aktien, Anleihen, Währungen usw.). Diese Analyse erfolgt zum Teil auf Basis makroökonomischer Studien, zum Teil durch die Auswertung der Auswirkung von Faktoren wie der Entwicklung der Volatilität, der Marktströmungen, der technischen Analyse usw.
2. Quantitative Analyse des Verhältnisses zwischen herkömmlichen Vermögenswerten und alternativen Strategien mit dem Ziel, die Erfolgsfaktoren der letzteren zu bestimmen. Wenn belegt ist, dass die Korrelation zwischen alternativen und traditionellen Vermögenswerten langfristig moderat ist, gilt gleichsam als wahr, dass diese Korrelation für einen bestimmten kurzfristigen Zeitraum instabil ist und sogar signifikant sein kann. Darüber hinaus hängt der Erfolg bestimmter alternativer Strategien vom makroökonomischen Kontext, dem Faktor spezifischer Risiken wie der Volatilität oder der globalen Entwicklung der traditionellen Vermögenswerte ab, ohne dass jedoch ein signifikantes lineares Korrelationsverhältnis bestünde. Die quantitative Analyse erlaubt folglich, eine Beziehung herzustellen zwischen den Erwartungen bezüglich der traditionellen Vermögenswerte und den erwarteten Konsequenzen für die alternativen Strategien.
3. Die qualitative Analyse der alternativen Strategien vervollständigt die quantitative Analyse um regelmäßige Verwaltungspunkte, die mit den Fondsmanagern der alternativen OGAW, in die der Fonds investiert, organisiert werden. Mit dieser Analyse lassen sich insbesondere die Entwicklung der durch die Fondsmanager eingesetzten Strategie verfolgen und eventuelle neue Risiken identifizieren.
4. Beobachtung des Momentum alternativer Strategien. Einerseits hat diese Analyse zum Ziel, die realisierte Wertentwicklung der Vermögenswerte mit den Erwartungen zu vergleichen, um diese zu bestätigen oder zu entkräften. Andererseits vergleicht sie die Wertentwicklung der Vermögenswerte mit der Wertentwicklung anderer ähnlicher Fonds, um eventuelle Probleme aufzudecken, ob nun auf Ebene der Anlagen oder auf Ebene der Anlageklassen.

OGA, die alternative Strategien verfolgen, können bis zu 100 % des Fondsvermögens ausmachen, wobei je Strategie ein Höchstsatz von 50 % gilt.

1. Die wesentlichen alternativen Strategien sind die folgenden:

- Wandelanleihen-Arbitrage: Kauf von Wandelanleihen bei gleichzeitigem Verkauf der zugrunde liegenden Aktie.
- Zinsarbitrage: Kauf und gleichzeitiger Verkauf von Zinsinstrumenten mit vergleichbaren Merkmalen oder deren Bewertungen von ihren historischen oder theoretischen Niveaus abweichen.
- Fusions-/Übernahme-Arbitrage: Diese Strategien sind auf angekündigte Fusionen/Übernahmen ausgerichtet und werden häufig durchgeführt, indem die Gesellschaft, die Gegenstand der Übernahme ist, gekauft und gleichzeitig die übernehmende Gesellschaft leerverkauft wird.
- Index-Arbitrage mit dem Ziel, von anormalen Aktienkursverläufen bei einer Änderung der Zusammensetzung eines Index zu profitieren. Im Allgemeinen werden Aktien gekauft, bevor sie in einen Index aufgenommen werden, und werden Aktien leerverkauft, bevor sie aus einem Index ausscheiden.
- Long/Short-Aktienstrategien: Kauf und gleichzeitiger Verkauf von Aktien in bestimmten geografischen Gebieten und/oder Wirtschaftssektoren; das mit diesen Positionen verbundene Risiko kann im Vergleich zum allgemeinen Marktrisiko höher, niedriger oder neutral sein.
- Long/Short-Strategien auf hochrentierliche Anleihen privater Emittenten. Für diese Strategie gibt es drei typische Formen von Positionen: Kauf von Anleihen, die als unterbewertet gelten, und gleichzeitiger Leerverkauf von überbewerteten Anleihen mehrerer Emittenten; Kauf und gleichzeitiger Verkauf von Anleihen, die von ein und demselben Emittenten ausgehen



wurden, jedoch unterschiedliche Merkmale aufweisen; sich überschneidende Positionen von Anleihen und Aktien ein und derselben Gesellschaft.

- Long/Short-Strategien an Schwellenmärkten: Kauf oder Verkauf von Devisen und Anleihen der Schwellenländer je nach den sich bietenden Gelegenheiten.
- Makro: Strategien, die in sämtlichen Arten von Finanzinstrumenten (Aktien, Anleihen, Rohstoffen usw.) an allen Märkten und in allen Währungen anlegen können. Die Anlagen, die im Rahmen dieser Strategien realisiert werden, stehen oft in Verbindung mit einer Analyse der Ausgewogenheit der makroökonomischen Fundamentaldaten (Faktoren wie z. B. Zinssätze und Währungskurse).
- Strategie »Hochzinsanleihen«, die darauf ausgerichtet ist, in Wertpapieren mit einer attraktiven Renditeerwartung (nach Berücksichtigung der Ausfallrisiken) anzulegen.
- Volatilitäts-Strategie, die darauf ausgerichtet ist, direktionale Positionen einzugehen oder eine Arbitrage auf die zum Zeitpunkt des Kauf oder Verkaufs bestehende implizite Volatilität durchzuführen.

OGA, die traditionelle Strategien einsetzen, können bis zu 100 % des Fondsvermögens ausmachen. Da der Fonds jedoch nicht das Ziel verfolgt, eine signifikante Korrelation zur Marktentwicklung herzustellen, wird eine Anlage bis zu 100 % (ohne Geldmarktfonds) in OGA, die traditionelle Strategien verfolgen, nur punktuell erfolgen.

2. Die wesentlichen Anlageklassen sind:

- Geldmarkt;
- Staatsanleihen;
- private Anleihen mit »Investment Grade«;
- private und Staatsanleihen aus Schwellenländern;
- groß- und mittelkapitalisierte Aktien der Industrieländer;
- ergänzend kleinkapitalisierte Aktien;
- ergänzend Aktien der Schwellenländer.

Um sein Anlageziel zu erreichen, kann der Fonds auch Positionen in alternativen Anlagestrategien und Risiko- oder Absicherungspositionen in traditionellen Anlagestrategien durch den Einsatz von Derivaten eingehen. Solche Derivate können sich auf Anleihen, Zinssätze, Bonitäten, Volatilitäten, Aktien oder Aktienindizes beziehen.

Bei im Rahmen dieses Fonds getroffenen Anlageentscheidungen werden Nachhaltigkeitsrisiken bei der Auswahl der Vermögenswerte nicht systematisch berücksichtigt. Dennoch können Nachhaltigkeitsrisiken beim Kauf oder Verkauf eines Finanzinstruments nach freiem Ermessen berücksichtigt werden.

Das Verwaltungsverfahren des Fonds beruht auf der Auswahl von Investmentfonds. Bei diesen Fonds bestätigt die Möglichkeit, dass sie die von der Verwaltungsgesellschaft ermittelten wichtigsten negativen Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit nicht berücksichtigt. Negative Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit werden bei Anlageentscheidungen nicht berücksichtigt.

• Eingesetzte Instrumente:

1. Aktien: entfällt

2. Schuldtitel und Geldmarktinstrumente: entfällt

3. Aktien bzw. Anteile von OGA: 0 % bis 100 %

Die OGA bzw. OGAW können von Candriam (bis zu 100 %) oder einer externen Verwaltungsgesellschaft verwaltet werden. Dabei handelt es sich um OGA französischen und ausländischen Rechts, die sowohl alternative als auch traditionelle Anlagestrategien einsetzen. Bei diesen Fonds kann es sich um Fonds aller Kategorien handeln.

Der Fonds kann bis zu 100 % seines Vermögens in Anteile bzw. Aktien von europäischen OGAW (die ihrerseits höchstens 10 % ihres Vermögens in Anteile anderer OGA investieren) anlegen.

Darüber hinaus kann der Fonds bis zu 30 % seines Vermögens in Aktien bzw. Anteilen von europäischen alternativen Investmentfonds (AIF) oder ausländischen Investmentfonds (die ihrerseits höchstens 10 % ihres Vermögens in Anteile anderer OGA oder ausländischer Investmentfonds investieren) anlegen, die die drei übrigen Kriterien des französischen Währungs- und Finanzgesetzes erfüllen.

Die ausgewählten OGA unterliegen keinen besonderen Beschränkungen. Folglich werden Anlagen in Aktienfonds getätigt, die sich auf alle geografischen Gebiete und alle Wirtschaftssektoren beziehen und in klein-, mittel- und großkapitalisierten Aktien anlegen können.

OGA, die in Zinsprodukten anlegen, unterliegen darüber hinaus keinen bestimmten Ratingkriterien und sind nicht auf bestimmte Emittentenkategorien beschränkt.

4. Sonstige Vermögenswerte: entfällt

5. Finanzderivate: Begrenzung durch den VaR des Fonds

Arten von Derivaten

Zur ordentlichen Verwaltung des Portfolios kann der Fonds Finanzderivate (wie Swaps, Futures, Optionen, CDS etc.) einsetzen, die sich insbesondere auf Aktien-, Zins-, Währungs- oder Kreditrisiken beziehen.

Bei den Basiswerten solcher Geschäfte kann es sich um einzelne Wertpapiere oder um Finanzindizes (Aktien-, Zins-, Währungs-, Kredit- oder Volatilitätsindizes etc.) handeln, in die der jeweilige Fonds im Rahmen seiner Anlageziele investieren kann. Diese Derivate können an geregelten Märkten oder außerbörslich gehandelt werden.



In Übereinstimmung mit den rechtlichen Fondsvorschriften wird die Grenze von 20 % auf 35 % angehoben, sofern dies aufgrund außergewöhnlicher Marktbedingungen gerechtfertigt ist, und zwar insbesondere auf geregelten Märkten, auf denen bestimmte Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente stark dominieren. Eine Anlage bis zu dieser Obergrenze ist nur bei einem einzigen Emittenten möglich.

Zugelassene Gegenparteien.

Im Rahmen außerbörslicher Geschäfte werden die Gegenparteien für diese Geschäfte von dem Risikomanagement der Verwaltungsgesellschaft bewertet und müssen bei Abschluss der Transaktionen ein Mindestrating von BBB- bzw. Baa3 bei wenigstens einer anerkannten Ratingagentur aufweisen oder von der Verwaltungsgesellschaft als gleichwertig eingestuft werden. Die Gegenparteien müssen in einem Mitgliedstaat der OECD ansässig sein.

Weitere Informationen über die Gegenpartei bzw. Gegenparteien solcher Transaktionen sind dem Jahresbericht des Fonds zu entnehmen.

Finanzsicherheiten:

Siehe Abschnitt 10. Verwaltung von Finanzsicherheiten, die bei Transaktionen mit außerbörslichen Finanzderivaten und im Rahmen von Anlagetechniken zur effizienten Portfolioverwaltung zu leisten sind.

6. Finanzinstrumente mit eingebetteten Derivaten

Das Portfolio kann im Rahmen der verfolgten Strategie in unterschiedlichem Umfang in Wandelanleihen investiert sein.

7. Einlagen: 0 % bis 100 %

Zum Zwecke des Liquiditätsmanagements behält sich der Fondsmanager vor, bis zu 100 % des Vermögens in Bareinlagen anzulegen.

8. Barkredite: 0 % bis 10 %

Aufgrund von Geschäften im Rahmen seines Liquiditätsmanagements (laufende Anlagen und Auflösung der Anlagen, Zeichnungs- und Rücknahme- sowie Kauf- und Verkaufstransaktionen) kann der Fonds für bis zu 10 % seines Vermögens vorübergehend als Schuldner auftreten.

9. Techniken zur effizienten Portfolioverwaltung

Der Fonds kann zur Renditesteigerung und/oder zur Risikominderung auf folgende Techniken zur effizienten Portfolioverwaltung zurückgreifen, die Wertpapiere und Geldmarktinstrumente zum Gegenstand haben:

- Echte Pensionsgeschäfte zum Kauf von Wertpapieren (Reverse Repo)

Der Fonds darf echte Pensionsgeschäfte zum Kauf von Wertpapieren abschließen, bei denen sich der Zedent (die Gegenpartei) verpflichtet, den im Rahmen des echten Pensionsgeschäfts zum Kauf von Wertpapieren verkauften Vermögenswert wieder zurückzunehmen, und der Fonds sich verpflichtet, den im Rahmen des echten Pensionsgeschäfts zum Kauf von Wertpapieren gekauften Vermögenswert zurückzugeben.

Das Engagement des Fonds in diese Art von Geschäften kann sich auf bis zu 50 % seines Nettovermögens erstrecken. Der erwartete Anteil variiert in der Regel zwischen 0 % und 25 %.

Während der gesamten Laufzeit eines echten Pensionsgeschäfts zum Kauf von Wertpapieren darf der Fonds die vertragsgegenständlichen Wertpapiere nicht verkaufen oder verpfänden bzw. als Garantie begeben, es sei denn, der Fonds verfügt über andere Absicherungsmittel.

- Echte Pensionsgeschäfte zum Verkauf von Wertpapieren (Repo)

Der Fonds darf echte Pensionsgeschäfte zum Verkauf von Wertpapieren abschließen, bei denen sich der Fonds verpflichtet, den im Rahmen dieses echten Pensionsgeschäfts zum Verkauf von Wertpapieren verkauften Vermögenswert wieder zurückzunehmen, während sich der Zessionar (die Gegenpartei) verpflichtet, die im Rahmen eines solchen echten Pensionsgeschäfts zum Verkauf von Wertpapieren gekauften Vermögenswert zurückzugeben.

Diese Art von Geschäften, die durch einen vorübergehenden Bedarf an liquiden Mitteln gerechtfertigt ist, darf sich auf 10 % des Nettovermögens des Fonds erstrecken. Der erwartete Anteil variiert in der Regel zwischen 0 % und 10 %.

Bei Ablauf der Frist eines solchen echten Pensionsgeschäfts zum Verkauf von Wertpapieren muss der Fonds über die erforderlichen Vermögenswerte verfügen, um den für die Rückgabe an den Fonds vereinbarten Preis zu zahlen.

Der Einsatz dieser Instrumente darf nicht dazu führen, dass der Fonds von seinen Anlagezielen abweicht oder dass zusätzliche Risiken eingegangen werden, die über dem im Prospekt definierten Risikoprofil liegen.

- Verbundene Risiken und Maßnahmen zur Risikominderung

Die Risiken in Verbindung mit den Techniken zur effizienten Portfolioverwaltung (einschließlich der Verwaltung von Finanzsicherheiten) werden im Rahmen eines Risikomanagement-Verfahrens identifiziert, gesteuert und begrenzt. Die Hauptrisiken umfassen das Ausfallrisiko, das Lieferrisiko, das operationelle Risiko, das Rechtsrisiko, das Verwahrrisiko und das Risiko von Interessenkonflikten (wie im Artikel »Risikofaktoren« erläutert). Diese Risiken werden von der Verwaltungsgesellschaft durch die nachfolgend beschriebene(n) Organisation und Verfahren eingegrenzt:

i. Auswahl der Gegenparteien und des rechtlichen Rahmens

Die Gegenparteien für diese Geschäfte werden von dem Risikomanagement der Verwaltungsgesellschaft bewertet und müssen bei Abschluss der Transaktionen ein Mindestrating von BBB- bzw. Baa3 bei wenigstens einer anerkannten Ratingagentur aufweisen oder von der Verwaltungsgesellschaft als gleichwertig eingestuft werden. Bei diesen

Gegenparteien muss es sich um Institute handeln, die einer Aufsicht unterliegen. Die Gegenparteien müssen in einem Mitgliedstaat der OECD ansässig sein. Mit jeder Gegenpartei wird ein marktüblicher Vertrag, dessen Bedingungen von der Rechtsabteilung und/oder dem Risikomanagement geprüft werden, geschlossen.

ii. Finanzsicherheiten

Siehe weiter unten Punkt 10 »Verwaltung von Finanzsicherheiten für außerbörsliche Finanzderivate und Techniken zur effizienten Portfolioverwaltung«.

iii. Beschränkungen bei der Wiederanlage erhaltener Finanzsicherheiten

Siehe weiter unten Punkt 10 »Verwaltung von Finanzsicherheiten für außerbörsliche Finanzderivate und Techniken zur effizienten Portfolioverwaltung«.

iv. Getroffene Maßnahmen zur Verringerung des Risikos von Interessenkonflikten

Um das Risiko von Interessenkonflikten zu mindern, hat die Verwaltungsgesellschaft ein Verfahren zur Auswahl und Nachverfolgung der Gegenparteien eingeführt, das von Ausschüssen des Risikomanagements umgesetzt wird. Um jegliche Interessenkonflikte zu vermeiden, entspricht die Vergütung im Rahmen dieser Geschäfte den allgemeinen Marktpraktiken.

v. Grundsätze für die Vergütung für Tätigkeiten in Bezug auf Pensionsgeschäfte zum Kauf von Wertpapieren (Reverse Repo)

Erträge, die aus Pensionsgeschäften zum Kauf von Wertpapieren (Reverse Repo) erzielt werden, fließen in voller Höhe dem Fonds zu.

vi. Grundsätze für die Vergütung für Tätigkeiten in Bezug auf Pensionsgeschäfte zum Verkauf von Wertpapieren

Im Rahmen dieser Geschäfte werden keine Erträge erzielt.

- Regelmäßige Mitteilungen an die Anleger

Ergänzende Informationen über die Bedingungen für die Anwendung solcher Techniken zur effizienten Portfolioverwaltung sind den Jahres- und Halbjahresberichten zu entnehmen.

10. Verwaltung von Finanzsicherheiten, die bei Transaktionen mit außerbörslichen Finanzderivaten und im Rahmen von Anlagetechniken zur effizienten Portfolioverwaltung zu leisten sind.

Im Rahmen außerbörslicher Geschäfte mit Finanzinstrumenten werden bestimmte Transaktionen durch eine vom Risikomanagement geprüfte Besicherungspolitik gedeckt.

a. Allgemeine Aspekte

Alle Sicherheiten, die geleistet werden, um das Ausfallrisiko zu reduzieren, müssen die folgenden Bedingungen erfüllen:

- Liquidität: Erhaltene Sicherheiten, die nicht in bar geleistet werden, müssen in hohem Maße liquide sein und an einem geregelten Markt oder im Rahmen eines multilateralen Handelssystems gehandelt werden, das transparente Preisstellungsmethoden verwendet, sodass sich die betreffende Sicherheit kurzfristig zu einem Preis veräußern lässt, der annähernd ihrem Bewertungspreis vor dem Verkauf entspricht.
- Bewertung: Erhaltene Sicherheiten müssen täglich bewertet werden, und Vermögensgegenstände, deren Preis sehr starken Schwankungen unterliegt, werden nur dann als Sicherheiten akzeptiert, wenn hinreichend vorsichtige Sicherheitsmargen bestehen.
- Bonität der Emittenten: Erhaltene Finanzsicherheiten müssen von Emittenten mit hervorragender Bonität stammen.
- Korrelation: Die erhaltene Finanzsicherheit muss von einem von der Gegenpartei unabhängigen Unternehmen ausgegeben sein und darf keine starke Korrelation mit der Performance der Gegenpartei aufweisen.
- Diversifizierung: Finanzsicherheiten müssen (auf Ebene des Nettovermögens) über verschiedene Länder, Märkte und Emittenten hinweg hinreichend breit gestreut sein. Im Hinblick auf die Diversifizierung der Sicherheiten darf die durch alle erhaltenen Sicherheiten entstandene Risikoposition bei einem einzigen Emittenten 20 % des Nettovermögens des betreffenden Fonds nicht überschreiten. Diese Grenze wird auf 100 % angehoben, wenn die Wertpapiere von einem Mitgliedstaat des Europäischen Wirtschaftsraums (»EWR«) oder dessen öffentlichen Gebietskörperschaften oder von einer internationalen Einrichtung öffentlich-rechtlichen Charakters, der mindestens ein Mitgliedstaat des EWR angehört, begeben oder garantiert werden. Die genannten Emittenten werden als Emittenten mit guter Bonität eingestuft (d. h. sie haben ein Mindestrating von BBB- bzw. Baa3 von einer der anerkannten Ratingagenturen und/oder werden von der Verwaltungsgesellschaft entsprechend eingestuft). Macht ein Fonds von der vorstehend beschriebenen Möglichkeit Gebrauch, muss er Wertpapiere halten, die im Rahmen von mindestens sechs verschiedenen Emissionen begeben worden sind, wobei die Wertpapiere aus ein und derselben Emission 30 % des Gesamtvermögens nicht überschreiten dürfen.

Die Risiken, die mit der Verwaltung der Sicherheiten verbunden sind (z. B. operationelle und rechtliche Risiken), werden im Rahmen eines Risikomanagement-Verfahrens identifiziert, gesteuert und beschränkt.

Die erhaltenen Sicherheiten müssen jederzeit vollständig verwertet werden können, ohne Rücksprache mit oder Einverständnis der Gegenpartei.

b. Zulässige Arten von Sicherheiten

Folgende Arten von Finanzsicherheiten sind zulässig:

- Barsicherheiten, die auf die Referenzwährung des/der betreffenden Fonds lauten;
- Schuldtitel von Emittenten mit guter Bonität (d. h. mit einem Mindestrating von BBB- bzw. Baa3 [oder gleichwertig] einer Ratingagentur), die von einem (z. B. staatlichen, supranationalen usw.) Emittenten des öffentlichen Sektors eines Mitgliedlandes der OECD begeben wurden und deren Emissionsvolumen mindestens 250 Mio. Euro und deren Restlaufzeit maximal 25 Jahre beträgt;

- Schuldtitel von Emittenten mit guter Bonität (d. h. mit einem Mindestrating von BBB- bzw. Baa3 (oder gleichwertig) einer Ratingagentur), die von einem Emittenten des privaten Sektors eines Mitgliedslandes der OECD begeben wurden und deren Emissionsvolumen mindestens 250 Mio. Euro und deren Restlaufzeit maximal 10 Jahre beträgt;

- Aktien, die an einem geregelten Markt in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einer Wertpapierbörse eines Mitgliedstaates der OECD notiert sind oder gehandelt werden, unter der Voraussetzung, dass diese in einem wichtigen Index enthalten sind;

- Anteile bzw. Aktien von Organismen für gemeinsame Anlagen mit hinreichender Liquidität, die in Geldmarktinstrumente, Anleihen guter Bonität oder Aktien anlegen, die die vorstehend erläuterten Bedingungen erfüllen.

Die Abteilung Risikomanagement der Verwaltungsgesellschaft kann strengere Kriterien für erhaltene Sicherheiten festlegen, um bestimmte Arten von Instrumenten, bestimmte Länder oder Emittenten oder auch bestimmte Wertpapiere auszuschließen.

Sollte sich ein Gegenparteirisiko realisieren, kann der Fonds Eigentümer der erhaltenen Finanzsicherheit werden. Falls der Fonds diese Sicherheit zu einem Wert veräußern kann, der dem Wert der verliehenen/abgetretenen Vermögenswerte entspricht, entstehen ihm aus diesem Geschäft keine finanziellen Nachteile. Im gegenteiligen Fall (falls der Wert der als Sicherheit erhaltenen Vermögenswerte den Wert der verliehenen/abgetretenen Vermögenswerte unterschreitet, bevor sie veräußert werden können) erleidet der Fonds einen Verlust in Höhe der Differenz zwischen dem Wert der verliehenen/abgetretenen Vermögenswerte und dem Wert der Sicherheit bei ihrer Veräußerung.

c. Höhe der erhaltenen Finanzsicherheiten

Die für außerbörsliche Finanzinstrumente und Techniken zur effizienten Portfolioverwaltung erforderliche Höhe der Sicherheitsleistungen wird anhand der mit den einzelnen Gegenparteien getroffenen Übereinkünfte gegebenenfalls unter Berücksichtigung bestimmter Faktoren, wie Art und Merkmale der Transaktion, Bonität der Gegenpartei sowie geltende Marktbedingungen, festgesetzt. Das nicht durch Sicherheiten gedeckte Engagement gegenüber der Gegenpartei bleibt jederzeit unterhalb der gemäß den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen für das Ausfallrisiko festgesetzten Grenzen.

d. Grundsätze für die Vornahme von Abschlägen

Die Verwaltungsgesellschaft hat Grundsätze für die Vornahme von Abschlägen bei der Bewertung von als Finanzsicherheit geleisteten Vermögenswerten (insbesondere in Bezug auf die Bonität) der einzelnen Anlageklassen festgelegt. Diese Grundsätze sind auf Wunsch kostenfrei am Sitz der Verwaltungsgesellschaft erhältlich.

e. Beschränkungen bei der Wiederanlage erhaltener Finanzsicherheiten

Finanzsicherheiten, die keine Barsicherheiten sind, dürfen weder veräußert noch wiederangelegt noch verpfändet werden.

Unter Einhaltung der geltenden Diversifizierungskriterien dürfen Barsicherheiten ausschließlich wie folgt verwendet werden: Einlage in einem Depot bei Gegenparteien, die den oben stehenden Zulassungskriterien entsprechen; Anlage in Anleihen von Staaten mit guter Bonität; im Rahmen von jederzeit kündbaren Wertpapierpensionsgeschäften, bei denen der Fonds als Pensionsnehmer auftritt und/oder Anlage in kurzfristigen Geldmarktfonds.

Auch wenn die Vermögenswerte, in die Sicherheiten angelegt werden, ein niedriges Risiko aufweisen, können die getätigten Anlagen dennoch mit einem geringen Finanzrisiko behaftet sein.

f. Verwahrung von Finanzsicherheiten

Bei einer Eigentumsübertragung wird die erhaltene Sicherheit von der Depotbank verwahrt. Finanzsicherheiten, die aufgrund anderer Arten von Vereinbarungen zu leisten sind, können von einer externen Depotbank verwahrt werden, die einer Aufsicht unterliegt und mit der Stelle, die die Finanzsicherheit leistet, in keiner Weise verbunden ist.

Die erhaltenen Sicherheiten müssen jederzeit vollständig verwertet werden können, ohne Rücksprache mit oder Einverständnis der Gegenpartei.

g. Finanzsicherheiten zugunsten der Gegenpartei

Bestimmte Derivate können eine erste Sicherheitsleistung zugunsten der Gegenpartei erfordern (Barmittel und/oder Wertpapiere).

11. Bewertung

Pensionsgeschäfte zum Kauf und Verkauf von Wertpapieren

Pensionsgeschäfte (zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren) werden zu ihren Anschaffungskosten zuzüglich Zinsen bewertet. Bei Kontrakten mit einer längeren Laufzeit als drei Monaten kann der Kreditspread der Gegenpartei neu bewertet werden.

Sicherheit

Die erhaltende Sicherheit wird von der Verwaltungsgesellschaft und/oder von dem Sicherheitenverwalter täglich bewertet.

TABELLE DERIVATE

	MARKTTYP		RISIKOART					ZWECK DER ANLAGE		
	Geregelter und/oder organisierter Markt	OTC-Märkte	Aktienrisiko	Zinsrisiko	Währungsrisiko	Kreditrisiko	Sonstige Risiken	Absicherung	Eingehen einer Anlageposition	Arbitrage
Terminkontrakte auf										
Aktien	x	x	x					x	x	x
Zinsen	x	x		x				x	x	x
Devisen	x	x			x			x	X	x
Indizes	x	x	x					x	X	x
Volatilitäten	x	x	x	x	x			x	x	x
Optionen auf										
Aktien	x	x	x				x	x	X	x
Zinsen	x	x		x			x	x	X	X
Devisen	x	x			x		x	x	X	X
Index	x	x	x				x	x	X	X
Volatilitäten	x	x	x	x	x		x	x	x	x
Swaps										
Aktien	x	x	x					x	x	x
Zinsen	x	x		x				x	x	X
Devisen	x	x			x			x	X	x
Indizes	x	x	x					x	x	X
Volatilitäten	x	x	x	x	x			x	x	x
Devisentermingeschäfte										
Devisen	x	x			x			x	x	x
Kreditderivate										
Credit Default Swap (CDS)	x	x				x		x	x	X
Indizes für Kreditderivate	x	x				x		x	x	x



Risikoprofil:

Ihr Kapital wird vorrangig in Finanzinstrumenten angelegt, die von der Verwaltungsgesellschaft ausgewählt werden. Diese Instrumente unterliegen der Entwicklung und den Unwägbarkeiten der Märkte.

Der Fonds kann im Wesentlichen folgenden Risiken ausgesetzt sein:

Kapitalverlustrisiko:

Anleger werden darauf hingewiesen, dass keinerlei Garantie auf das investierte Kapital gegeben wird; Anleger erhalten ihr investiertes Kapital daher möglicherweise nicht in voller Höhe zurück.

Aktienrisiko:

Der Fonds kann dem Aktienmarktrisiko ausgesetzt sein (aufgrund der gehaltenen Wertpapiere und/oder aufgrund von Derivaten). Solche Anlagen, die über Long- oder Shortpositionen eingegangen werden, können ein erhebliches Verlustrisiko beinhalten. Wenn sich der Aktienmarkt entgegengesetzt zu den eingegangenen Positionen entwickelt, kann dies Verlustrisiken beinhalten und dazu führen, dass der Nettoinventarwert des Fonds sinkt.

Zinsrisiko:

Eine Veränderung der Zinssätze (insbesondere aufgrund von Inflation) kann Verlustrisiken zur Folge haben und dazu führen, dass der Nettoinventarwert des Fonds sinkt (insbesondere bei einem Anstieg der Zinssätze und einer positiven Zinssensitivität des Fonds oder bei einem Rückgang der Zinssätze und einer negativen Zinssensitivität des Fonds). Dabei reagieren langfristige Anleihen (und mit ihnen verbundene Derivate) relativ stark auf Zinsänderungen.

Eine Veränderung der Inflation, d. h. ein allgemeiner Anstieg oder eine allgemeine Verringerung der Lebenshaltungskosten, ist einer der Faktoren, der sich auf die Zinssätze und damit auf den Nettoinventarwert auswirken kann.

Kreditrisiko:

Ausfallrisiko eines Emittenten oder einer Gegenpartei. Dieses Risiko umfasst das Risiko in Verbindung mit der Entwicklung der Kreditspreads sowie das Ausfallrisiko. Der Fonds kann auf den Kreditmarkt ausgerichtet sein und/oder auf bestimmte Emittenten, deren Kursbewegungen davon abhängig sind, wie die Marktteilnehmer ihre Fähigkeit zur Rückzahlung ihrer Verbindlichkeiten einschätzen. Der Fonds kann zudem dem Risiko des Ausfalls eines ausgewählten Emittenten unterliegen, falls dieser nicht in der Lage ist, seine Verbindlichkeiten in Form von Kupons und/oder der Hauptschuld zurückzuzahlen. Je nachdem, ob der Fonds positiv oder negativ auf den Kreditmarkt und/oder einen bestimmte Emittenten ausgerichtet ist, kann eine Erweiterung oder eine Verengung der Spreads bzw. ein Ausfall den Nettoinventarwert des Fonds beeinträchtigen.

Währungsrisiko:

Das Währungsrisiko ergibt sich aus den direkten Investitionen des Fonds und seinen Geschäften am Terminmarkt, die auf eine andere Währung als die Bewertungswährung des Fonds ausgerichtet sind. Die Schwankungen der Wechselkurse dieser Währungen gegenüber der Bewertungswährung des Fonds können den Wert der Anlagen im Portfolio negativ beeinflussen.

Risiko in Verbindung mit Finanzderivaten:

Derivate sind Finanzinstrumente, deren Wert von einem oder mehreren Basiswerten (Aktien, Zinssätze, Anleihen, Devisen etc.) abhängt (oder abgeleitet wird). Der Einsatz von Derivaten ist folglich mit dem Risiko der Basiswerte verknüpft. Derivate können zum Zwecke der Ausrichtung auf die Basiswerte oder zum Zwecke der Absicherung gegenüber den Basiswerten eingesetzt werden. Je nach den verfolgten Strategien kann der Einsatz von Derivaten darüber hinaus das Risiko der Hebelwirkung bergen (Vergrößerung des Abwärtsrisikos). Im Falle der Absicherungsstrategie korrelieren die eingesetzten Derivate unter bestimmten Marktbedingungen möglicherweise nicht vollkommen in Übereinstimmung mit den abzusichernden Vermögenswerten. Im Falle eines Engagements in Optionen könnte der Fonds bei einer ungünstigen Kursentwicklung der Basiswerte alle gezahlten Prämien verlieren. Darüber hinaus ist ein Engagement in Derivate dem Ausfallrisiko ausgesetzt (das jedoch durch erhaltene Sicherheiten abgeschwächt werden kann) und kann ein Bewertungsrisiko und Liquiditätsrisiko (Schwierigkeit, offene Positionen glattzustellen oder zu veräußern) bergen.

Ausfallrisiko:

Der Fonds kann außerbörsliche Finanzderivate und/oder Techniken zur effizienten Portfolioverwaltung einsetzen. Solche Transaktionen können mit einem Ausfallrisiko verbunden sein, das heißt dem Risiko von Verlusten, wenn eine Gegenpartei ihre vertraglichen Verpflichtungen nicht erfüllt.

Risiko in Verbindung mit dem diskretionären Management und der Arbitragestrategie:

Der Fonds strebt eine Performance durch Anlagen an den verschiedenen Märkten an, die sich auf die Überzeugungen des Fondsmanagers auf der Grundlage von technischen und finanziellen Kennziffern stützen. Die aus diesen Kennziffern gezogenen Schlüsse und die Prognosen des Fondsmanagers können sich als falsch erweisen und zu einer negativen Wertentwicklung führen, was im Ergebnis heißen kann, dass die erzielte Performance das angestrebte Anlageziel nicht erfüllt. Arbitrage ist eine Technik, die darauf beruht, Unterschiede zwischen notierten (oder erwarteten) Kursen zwischen verschiedenen Märkten, Sektoren, Wertpapieren, Devisen und/oder Instrumenten zu nutzen. Eine nachteilige Entwicklung solcher Arbitragepositionen (steigende Kurse bei Short- und/oder fallende Kurse bei Longpositionen) kann dazu führen, dass der Nettoinventarwert des Fonds sinkt.

Risiko von Rohstoffen:

Die Entwicklung von Rohstofftiteln kann beträchtlich von der Entwicklung an den herkömmlichen Wertpapiermärkten (Aktien, Anleihen) abweichen. Ebenso können klimatische und geopolitische Faktoren Angebot und Nachfrage des betreffenden Basisprodukts beeinträchtigen, oder anders gesagt, die erwartete Knappheit am Markt verändern. Gleichzeitig können bestimmte Rohstoffe (z. B. Energie, Metalle und Agrarprodukte) möglicherweise in stärkerem Maße untereinander korrelieren. Eine ungünstige Entwicklung dieser Märkte kann zu einer Minderung des Nettoinventarwerts eines Fonds führen.



Liquiditätsrisiko:

Das Liquiditätsrisiko ist das Risiko, dass eine Position im Portfolio des Fonds nicht zu angemessenen Kosten und innerhalb einer ausreichend kurzen Frist veräußert, glattgestellt oder geschlossen werden kann, so dass es dem Fonds nicht möglich ist, seine Verpflichtungen gegenüber den Anlegern, die die Rücknahme ihrer Anteile beantragt haben, jederzeit zu erfüllen. An bestimmten Märkten (insbesondere für Anleihen aus Schwellenländern, Hochzinsanleihen, Aktien mit geringer Börsenkapitalisierung etc.) können die Kursspannen unter ungünstigen Marktbedingungen steigen, was sich bei Käufen oder Verkäufen von Vermögenswerten auf den Nettoinventarwert auswirken kann. Darüber hinaus kann es in Krisenphasen an diesen Märkten schwierig sein, mit den Titeln zu handeln.

Volatilitätsrisiko:

Der Fonds kann (beispielsweise über direktionale oder Arbitragepositionen) dem Volatilitätsrisiko der Märkte ausgesetzt sein und folglich im Falle einer Änderung des Volatilitätsniveaus an diesen Märkten Verluste erleiden.

Schwellenmarktrisiko:

Die Bewegungen an den Märkten können an diesen Märkten abrupter und stärker ausfallen als in den Industrieländern. Dies kann den Nettoinventarwert im Falle von Entwicklungen, die gegenläufig zu den eingegangenen Positionen sind, erheblich schmälern. Die Volatilität kann sich aus allgemeinen Marktrisiken oder aus den Kursschwankungen eines Einzeltitels ergeben. Darüber hinaus können an bestimmten Schwellenmärkten die sich aus einer Sektorenkonzentration ergebenden Risiken maßgeblich sein. Auch diese Risiken können eine erhöhte Volatilität zur Folge haben. In Schwellenländern können maßgebliche politische, soziale, rechtliche und steuerliche Unwägbarkeiten bestehen oder sonstige Ereignisse eintreten, die sich auf die dort investierenden Teilfonds negativ auswirken können. Darüber hinaus sind die Dienstleistungen der lokalen Depotbanken oder Unterdepotbanken in vielen Ländern, die nicht der OECD angehören, sowie in Schwellenländern rückständig. Daher unterliegen die an diesen Märkten ausgeführten Geschäftsvorgänge Transaktions- und Verwahrrisiken. In bestimmten Fällen ist es dem Fonds nicht möglich, auf einen Teil seines Vermögens oder sein gesamtes Vermögen zuzugreifen. Zudem kann er bei einer beabsichtigten Wiederanlage seiner Vermögenswerte dem Risiko einer verspäteten Lieferung ausgesetzt sein.

Lieferisiko:

Der Fonds beabsichtigt möglicherweise die Veräußerung von Vermögenswerten, die gerade Gegenstand eines Geschäfts der Gegenpartei sind. In diesem Fall wird der Fonds die Gegenpartei zur Rückgabe seiner Vermögenswerte auffordern. Das Lieferisiko besteht darin, dass die betreffende Gegenpartei trotz ihrer vertraglichen Verpflichtung aus operativen Gründen nicht in der Lage ist, die Vermögenswerte schnell genug herauszugeben, damit der Fonds die betreffenden Wertpapiere am Markt verkaufen kann.

Operationelles Risiko:

Das operationelle Risiko umfasst die direkten und indirekten Verlustrisiken in Verbindung mit verschiedenen Faktoren (zum Beispiel menschliches Versagen, Betrug, böse Absicht, Ausfall der Informationssysteme und externe Ereignisse), die sich auf den Fonds und/oder die Anleger auswirken können. Die Verwaltungsgesellschaft beabsichtigt, dieses Risiko anhand von verschiedenen Kontrollen und Verfahren zu verringern.

Verwahrrisiko:

Das Risiko des Verlusts von bei einer Depotbank hinterlegten Vermögenswerten aufgrund von Zahlungsunfähigkeit, Fahrlässigkeit oder betrügerischen Handlungen der Depotbank oder einer ihrer Unterdepotbanken. Dieses Risiko wird durch die aufsichtsrechtlichen Pflichten von Depotbanken verringert.

Rechtsrisiko:

Das Risiko von Streitigkeiten jeglicher Art mit einer Gegenpartei oder einem Dritten. Die Verwaltungsgesellschaft beabsichtigt, dieses Risiko anhand von verschiedenen Kontrollen und Verfahren zu verringern.

Risiko von Interessenkonflikten:

Interessenkonflikte können vor allem aufgrund der Auswahl einer Gegenpartei entstehen, die aus anderen Gründen als nur im Interesse des Fonds getroffen wird, und/oder aufgrund einer ungleichen Behandlung bei der Verwaltung gleichberechtigter Portfolios.

Risiko von Änderungen des Referenzindex durch den Indexanbieter:

Anteilhaber werden darauf hingewiesen, dass der Indexanbieter nach alleinigem Ermessen über die Eigenschaften und die Änderung des betreffenden Referenzindex, dessen Sponsor er ist, entscheiden kann. Gemäß Lizenzvereinbarung kann von einem Indexanbieter nicht verlangt werden, den Lizenznehmern, die den betreffenden Referenzindex einsetzen, mit einer ausreichenden Frist die Änderungen an diesem Referenzindex anzuzeigen. Folglich ist die Verwaltungsgesellschaft nicht unbedingt in der Lage, die Anteilhaber im Voraus über vom Indexanbieter vorgenommene Änderungen an den Eigenschaften des jeweiligen Referenzindex zu informieren.

Nachhaltigkeitsrisiko:

Das Nachhaltigkeitsrisiko bezieht sich auf Ereignisse oder Situationen in den Bereichen Umwelt, Soziales und Unternehmensführung, die die Wertentwicklung und/oder die Reputation der Emittenten im Portfolio beeinflussen könnten.

Die Nachhaltigkeitsrisiken können in 3 Kategorien unterteilt werden:

- **Ökologisches Risiko:** Ökologisch relevante Ereignisse können für die Unternehmen im Portfolio physische Risiken verursachen. Diese Ereignisse können sich beispielsweise aus den Folgen des Klimawandels, des Biodiversitätsverlusts, der Veränderung in der Chemie der Ozeane etc. ergeben. Neben physischen Risiken können die Unternehmen auch durch die von Regierungen umgesetzten Maßnahmen zur Begrenzung dieser ökologischen Risiken beeinträchtigt werden (wie beispielsweise durch die Einführung einer Kohlenstoffsteuer). Diese Maßnahmen zur Risikobegrenzung könnten die Unternehmen je nach deren Ausrichtung gegenüber den vorgenannten Risiken und ihrer Anpassung an diese Risiken entsprechend beeinträchtigen.



- Soziales Risiko: Verweis auf die Risikofaktoren in Verbindung mit den humanen Ressourcen, der Versorgungskette und dem Umgang der Unternehmen mit ihren Auswirkungen auf die Gesellschaft. Die Fragen in Bezug auf die Geschlechtergleichstellung, die Vergütungspolitik, die Gesundheit und Sicherheit sowie die Risiken im Zusammenhang mit den allgemeineren Arbeitsbedingungen im Hinblick auf die soziale Dimension. Die Risiken einer Verletzung der Menschenrechte oder der Arbeitnehmerrechte innerhalb der Versorgungskette sind ebenfalls Bestandteil der sozialen Dimension.
- Governance-Risiko: Diese Aspekte ergeben sich aus den Strukturen der Unternehmensführung, wie Unabhängigkeit des Verwaltungsrats, den Verwaltungsstrukturen, den Beziehungen zu den Arbeitnehmern, der Vergütung und der Konformität sowie den Steuerpraktiken. Die Risiken in Verbindung mit der Unternehmensführung haben gemeinsam, dass sie aus einer fehlenden bzw. unzureichenden Unternehmensüberwachung und/oder fehlenden Anreizen für die Unternehmensführung, höheren Governance-Standards zu entsprechen, herrühren.

Das Nachhaltigkeitsrisiko kann sich aus einem bestimmten Emittenten aufgrund dessen Geschäftstätigkeiten und Praktiken ergeben, es kann jedoch auch auf externe Faktoren zurückzuführen sein. Wenn bei einem bestimmten Emittenten ein unvorhergesehenes Ereignis, wie beispielsweise ein Personalstreik, oder allgemein eine Umweltkatastrophe eintritt, kann sich dieses Ereignis negativ auf die Performance des Portfolios auswirken. Darüber hinaus können die Emittenten ihre Geschäftstätigkeiten und/oder Grundsätze so anpassen, dass sie dem Nachhaltigkeitsrisiko weniger stark ausgesetzt sind.

Zwecks Risikobewältigung können folgende Eindämmungsmaßnahmen ergriffen werden:

- Ausschluss von umstrittenen Geschäftstätigkeiten oder Emittenten
- Ausschluss von Emittenten auf der Grundlage von Nachhaltigkeitskriterien
- Einbeziehung von Nachhaltigkeitsrisiken in die Auswahl der Emittenten oder die Gewichtung der Emittenten im Portfolio
- Engagement und solide Verwaltung der Emittenten

Diese Eindämmungsmaßnahmen sind gegebenenfalls in dem Abschnitt des Prospekts beschrieben, in dem es um die Anlagepolitik des Fonds geht.

Kapitalgarantie oder -schutz: entfällt

Mögliche Zeichner/Profil des typischen Anlegers: Alle Anleger

Vor dem Hintergrund der eingesetzten Instrumente und Strategien richtet sich Dexia Multi-Strategies an Anleger, die eine Anlage in einem Fonds suchen, der gleichzeitig alternative und traditionelle Strategien anwendet.

In welcher Höhe eine Anlage in diesen OGAW angemessen ist, hängt von Ihren persönlichen Umständen ab. Bei der Festlegung sollten Sie Ihre finanziellen Kapazitäten bzw. die Höhe Ihres Privatvermögens, Ihre Bedürfnisse zum jetzigen Zeitpunkt und in 18 Monaten berücksichtigen, aber auch die Frage, ob Sie bereit sind, Risiken einzugehen oder ob Sie eine sichere Anlage bevorzugen. Darüber hinaus empfehlen wir Ihnen nachdrücklich, Ihre Anlagen ausreichend zu streuen, um sie nicht ausschließlich den Risiken dieses OGAW auszusetzen.

Die empfohlene Mindestanlagedauer beträgt 18 Monate.

Die Anteile des Fonds sind und werden in den Vereinigten Staaten von Amerika nach dem US Securities Act von 1933 (in der geänderten Fassung) (»Securities Act von 1933«) nicht registriert oder kraft eines anderen Gesetzes der Vereinigten Staaten zugelassen. Diese Anteile dürfen weder in den Vereinigten Staaten von Amerika (einschließlich ihrer Territorien und Besitzungen) angeboten, verkauft oder übertragen werden noch direkt oder indirekt einer US-Person (im Sinne der Regulation S des United States Securities Act von 1933 und vergleichbarer Vorschriften und der Regulation 4.7 des »U.S. Commodity Exchange Act«) zugute kommen. Die Zeichner von Anteilen des Fonds können dazu angehalten werden, eine schriftliche Bescheinigung einzureichen, anhand der bestätigt wird, dass sie keine US-Personen sind. Sollten die Anteilinhaber US-Personen werden, müssen sie dies der Verwaltungsgesellschaft unverzüglich mitteilen und sie sind dazu verpflichtet, ihre Anteile an Nicht-US-Personen abzutreten bzw. zu veräußern. Die Verwaltungsgesellschaft behält sich das Recht vor, alle Anteile zurückzukaufen, die sich im unmittelbaren oder mittelbaren Eigentum einer US-Person befinden oder befinden werden oder die von Personen gehalten werden, für die der Anteilsbesitz rechtswidrig ist oder deren Anteilsbesitz die Interessen des Fonds beeinträchtigt.

Ungeachtet des Vorstehenden behält sich der Fonds jedoch das Recht vor, Privatplatzierungen dieser Aktien bei einer begrenzten Anzahl von US-Personen durchzuführen, soweit dies gemäß dem geltenden US-Recht zulässig ist.

Zudem müssen Finanzinstitute, die die Vorschriften des Programms FATCA (»Foreign Account Tax Compliance Act« der USA, wie er im »Hiring Incentives to Restore Employment Act« [»HIRE Act«] enthalten ist, sowie die dazugehörigen Durchführungsbestimmungen und die entsprechenden analogen Bestimmungen eines Partnerlandes, das mit den Vereinigten Staaten ein »Intergovernmental Agreement« abgeschlossen hat) damit rechnen, dass ihre Anteile bei Inkrafttreten dieses Programms zwangsweise zurückgekauft werden.

Die Anteile des Fonds dürfen weder einem Pensionsplan, der dem US-amerikanischen Gesetz zum Schutz von Pensionsplänen (»Employee Retirement Income Security Act of 1974« bzw. ERISA) unterliegt, angeboten noch an diesen veräußert oder übertragen werden. Des Weiteren ist es untersagt, die Anteile dieses Fonds irgendeinem sonstigen US-amerikanischen Pensionsplan oder einem individuellen US-amerikanischen Sparplan zur Altersabsicherung (IRA) anzubieten, sie an diesen zu veräußern oder zu übertragen. Auch ein Angebot, ein Verkauf oder eine Übertragung der Anteile dieses Fonds an einen Treuhänder oder eine sonstige natürliche oder juristische Person mit einem Verwaltungsmandat für die Aktiva eines Pensionsplans oder eines individuellen US-amerikanischen Sparplans zur Altersabsicherung (zusammen als »Anlageverwalter von US-amerikanischen Pensionsplänen« bzw. »U.S. benefit plan investor« bezeichnet) ist nicht gestattet. Die Zeichner von Anteilen des Fonds können dazu angehalten werden, eine schriftliche Bescheinigung einzureichen, anhand der bestätigt wird, dass sie keine Anlageverwalter von US-amerikanischen Pensionsplänen sind. Sollten die Anteilinhaber Anlageverwalter von US-



amerikanischen Pensionsplänen sein oder werden, so müssen sie dies dem Fonds unverzüglich mitteilen, und sie werden dazu verpflichtet, ihre Anteile an Anlageverwalter von nicht US-amerikanischen Pensionsplänen zu veräußern. Der Fonds behält sich das Recht vor, alle Anteile zurückzukaufen, die sich im unmittelbaren oder mittelbaren Eigentum eines Anlageverwalters von US-amerikanischen Pensionsplänen befinden oder befinden werden. Ungeachtet des Vorstehenden behält sich der Fonds jedoch das Recht vor, Privatplatzierungen dieser Anteile bei einer begrenzten Anzahl Anlageverwalter von US-amerikanischen Pensionsplänen durchzuführen, soweit dies gemäß dem geltenden US-Recht zulässig ist.

Modalitäten für die Festlegung und Verwendung der ausschüttungsfähigen Beträge:

Die ausschüttungsfähigen Beträge des Fonds werden vollständig thesauriert.

Währung, auf die die Anteile bzw. Aktien lauten:

Kategorie	ISIN	Verwendung der ausschüttungsfähigen Beträge	Basiswährung	Mindestbetrag Minimum bei Erstzeichnung (*)	Mindestbetrag bei Folgezeichnung	Erster Nettoinventarwert	Mögliche Zeichner
Anteile Classique	FR0010033589	Thesaurierung	EUR	entfällt	entfällt	1.000,00 EUR	Alle Anleger

(*) Der Mindestbetrag bei Erstzeichnung gilt nicht für die Verwaltungsgesellschaft, die verschiedenen Gesellschaften der Candriam Group und nicht für die Fonds, die von einer Gesellschaft der Gruppe verwaltet werden.

Bedingungen für Zeichnungen und Rücknahmen:

Die Anträge werden gemäß nachfolgender Tabelle ausgeführt:

T-2 Geschäftstage	T-2 Geschäftstage	T Tag der Berechnung des NIW	T+2 Geschäftstage	T+2 Geschäftstage	T+3 Geschäftstage	T+5 Geschäftstage
Zentrale Annahme der Zeichnungsanträge vor 12:00 Uhr ¹	Zentrale Annahme der Rücknahmeanträge vor 12:00 Uhr ¹	Ausführung des Antrags spätestens am Geschäftstag T	Berechnung des Nettoinventarwerts	Veröffentlichung des Nettoinventarwerts	Zeichnungsbedingungen	Rücknahmebedingungen

¹Vorbehaltlich möglicher mit Ihrem Finanzinstituten vereinbarter spezifischer Fristen.

Zeichnungen können zu einem Betrag ausgeführt werden, der ganzen Anteilen oder Anteilsbruchteilen entspricht, wobei jeder Anteil in Tausendstel aufgeteilt wird.

Rücknahmen sind entweder für ganze Stücke oder für Anteilsbruchteile (in Tausendstel unterteilte Anteile) möglich.

Zeichnungs- und Rücknahmeanträge werden von der CACEIS Bank zentral verwaltet. Deren Anschrift lautet:

CACEIS BANK

Gesellschaftssitz: 89-91 rue Gabriel Péri – 92120 Montrouge

Postanschrift: 12 place des États-Unis - CS 40083 - 92549 Montrouge CEDEX

Anleger werden darauf hingewiesen, dass für Aufträge, die an andere Vertriebsstellen als die vorstehend genannten gerichtet werden, die von diesen Vertriebsstellen mit der CACEIS Bank vereinbarten Fristen für die Zentralisierung der Aufträge zur Anwendung kommen. Aus diesem Grund können andere Vertriebsstellen eine eigene, frühere Schlusszeit festlegen, um die Zeit zu berücksichtigen, die sie für die Übermittlung der Aufträge an die CACEIS Bank benötigen.

Mechanismus für die Begrenzung von Rücknahmen (»Gating«):

Die Verwaltungsgesellschaft kann einen sogenannten »Gating«-Mechanismus einsetzen, anhand dessen Rücknahmeanträge von Anteilhabern des OGAW über mehrere Nettoinventarwerte zeitlich gestaffelt werden, sobald diese ein bestimmtes, auf der Grundlage objektiver Kriterien festgesetztes Niveau überschreiten.

Beschreibung der gewählten Methode:

Die Verwaltungsgesellschaft kann beschließen, nicht alle Rücknahmen zu ein und demselben Nettoinventarwert durchzuführen, wenn ein bestimmter als Schwellenwert festgelegter Prozentsatz, d. h. das Verhältnis aller Nettoanteilsrücknahmen gegenüber dem Nettovermögen des Fonds, überschritten wird. Dieser Schwellenwert gilt dann für alle Anteilsklassen des Fonds. Der objektiv festgesetzte Schwellenwert liegt bei 5 % des Nettovermögens des Fonds.

Die maximale Geltungsdauer dieses Mechanismus für die Begrenzung von Rücknahmen beträgt 20 Nettoinventarwerte über 3 Monate.

Modalitäten für Mitteilungen an die Anteilinhaber

Die Anteilinhaber, deren Rücknahmeanträge nicht oder nur teilweise ausgeführt wurden, werden hierüber schnellstmöglich nach dem Tag der Zusammenfassung von Anträgen durch die zentrale Annahmestelle informiert.

Im Falle einer Aktivierung des Begrenzungsmechanismus für Rücknahmen werden alle Anteilinhaber über die Website der Verwaltungsgesellschaft informiert.

Zudem werden alle Anteilinhaber über die Auslösung des »Gates« im Rahmen der nächsten regelmäßigen Mitteilung an die Anteilinhaber in Kenntnis gesetzt.



Behandlung der nicht ausgeführten Anträge:

Die aufgrund des Begrenzungsmechanismus nicht ausgeführten Rücknahmeanträge werden nicht annulliert, sondern verschoben. Während der Begrenzungsmechanismus für Rücknahmen aktiviert ist, werden die Rücknahmeanträge der Anteilinhaber des Fonds anteilig entsprechend den von ihnen zu ein und demselben Nettoinventarwert beantragen Rücknahmen ausgeführt. Die aus diesem Grund aufgeschobenen Anträge haben keinen Vorrang gegenüber später gestellten Rücknahmeanträgen. Wird also eine Aufteilung von Rücknahmen für diesen Nettoinventarwert erneut aktiviert, dann erfolgt die Aufteilung dieser Rücknahmen zu denselben Konditionen wie die der neuen Anträge.

Nicht ausgeführte, automatisch aufgeschobene Rücknahmeanträge können von den Anteilhabern des betreffenden OGAW nicht widerrufen werden.

Die Begrenzung von Rücknahmen erfolgt nicht systematisch, d. h. sollten die Rücknahmeanträge abzüglich der Zeichnungsanträge den festgesetzten Schwellenwert überschreiten, die Liquiditätsbedingungen es jedoch erlauben, die Rücknahmeanträge dennoch auszuführen, kann die Verwaltungsgesellschaft beschließen, diese Anträge oberhalb der Schwelle, die anderweitig berechtigterweise ausgesetzt werden könnten, zuzulassen und teilweise oder vollumfänglich auszuführen.

Ausnahmeregelung:

Der Fall eines steuerlichen Aus- und Wiedereinstiegs, d. h., ein Antrag auf Rücknahme von Anteilen, der gleichzeitig mit einem Antrag auf Zeichnung einer gleichen Anzahl von Anteilen mit dem gleichen ISIN-Code zum gleichen NIW-Tag über den gleichen Vermittler auf das gleiche Konto erfolgt, fällt nicht unter den Mechanismus für die Gate-Berechnung und wird infolgedessen wie angegeben ausgeführt.

Beispiel zur Erläuterung des eingeführten Mechanismus:

Belaufen sich die Anträge auf die Rücknahme von Anteilen des OGAW beispielsweise auf 10 % des Nettovermögens bei einer festgesetzten Schwelle von 5 % des Nettovermögens, kann der OGAW beschließen, Rücknahmeanträge bis zu 7,5 % des Nettovermögens zuzulassen (also 75 % der Anträge auszuführen und nicht nur 50 %, wie dies bei einer strengen Umsetzung des Mechanismus der Fall wäre).

Weitere Einzelheiten zum Gating-Mechanismus entnehmen die Anteilinhaber bitte dem Fondsreglement.

Häufigkeit der Berechnung des Nettoinventarwerts:

täglich An jedem Pariser Börsentag, außer an Feiertagen in Frankreich.

Kosten und Gebühren:

Zeichnungs- und Rücknahmegebühren:

Die Zeichnungs- und Rücknahmegebühren erhöhen den vom Anleger zu zahlenden Zeichnungspreis bzw. verringern den Rücknahmepreis. Die von dem OGAW einbehaltenen Gebühren dienen zur Deckung der Kosten, die dem Fonds für die Anlage bzw. die Auflösung der Anlage der ihm anvertrauten Mittel entstehen. Nicht vereinnahmte Gebühren fließen unter anderem an die Verwaltungsgesellschaft und die Vertriebsgesellschaft.

Bei Zeichnung und Rücknahme anfallende Kosten (Höchstsätze) zulasten des Anlegers*	Bemessungsgrundlage	Satz inkl. Steuern
Zeichnungsgebühr nicht vom OGAW vereinnahmt	NIW x Anzahl der Anteile	1,00 %
Zeichnungsgebühr vom OGAW vereinnahmt	NIW x Anzahl der Anteile	entfällt
Rücknahmegebühr nicht vom OGAW vereinnahmt	NIW x Anzahl der Anteile	1,00 %
Rücknahmegebühr vom OGAW vereinnahmt	NIW x Anzahl der Anteile	entfällt

***Freistellung:** Zeichnet ein Anleger nach einer Anteilrückgabe noch am selben Tag dieselbe Anzahl an Anteilen zum gleichen NIW, werden keine Gebühren erhoben.

Betriebs- und Verwaltungsgebühren:

In diesen Kosten sind mit Ausnahme der Transaktionskosten alle Kosten enthalten, die dem OGA direkt belastet werden. Zu den Transaktionskosten zählen die Vermittlungskosten (Maklergebühren, Börsenumsatzsteuer usw.) und gegebenenfalls Umsatzprovisionen, die insbesondere von der Depotbank und der Verwaltungsgesellschaft erhoben werden können.

Zu diesen Betriebs- und Verwaltungskosten können hinzukommen:

- Performancegebühren. Diese fließen der Verwaltungsgesellschaft dann zu, wenn der OGAW seine Ziele übertroffen hat. Sie werden folglich dem OGAW belastet;
- dem Fonds belastete Umsatzprovisionen;

Kosten zulasten des Fonds	Bemessungsgrundlage	Satz/Betrag einschl. Steuern
Verwaltungsgebühren und externe Verwaltungsgebühren, die nicht von der Verwaltungsgesellschaft vereinnahmt werden	Nettovermögen	0,50% (Höchstsatz)*
Höchstsatz für indirekte Gebühren (Provisionen und Verwaltungsgebühren)***	Nettovermögen	2,50% (Höchstsatz)*
Von der Depotbank erhobene Umsatzprovisionen	Erhebung je Transaktion	Max. 80€/Transaktion**
Performancegebühr	Nettovermögen	20 % der Performance über dem €STR (kapitalisiert), die sich aus einer High-Watermark und einer Hurdle zusammensetzt (wie nachfolgend beschrieben).

* Die Verwaltungsgesellschaft hat nicht für die franz. Umsatzsteuer (TVA) optiert. Daher werden diese Gebühren ohne Umsatzsteuer in Rechnung gestellt, und der Betrag einschließlich Steuern entspricht dem Betrag ohne Steuern.

** Höchstbetrag, variiert je nach eingesetzten Instrumenten.

*** Diese Prozentsätze berücksichtigen keine eventuellen variablen Verwaltungsgebühren, die auf Ebene des Ziel-OGAW erhoben wurden.

Research-Kosten:

Research-Kosten im Sinne des Artikels 314-21 der Allgemeinen Verfahrensordnung (Règlement Général) der französischen Finanzmarktaufsicht AMF können dem OGAW in Rechnung gestellt werden.

Die nachstehend genannten Gebühren sind nicht Bestandteil der oben stehenden Gebührentabelle:

- die für die Verwaltung des OGAW anfallenden Beiträge gemäß Abschnitt II § 4 des Artikels L. 621-5-3 des französischen Währungs- und Finanzgesetzes;
- die einmaligen Zölle, Steuern, Lizenzgebühren und Abgaben an die Behörden (in Verbindung mit dem OGAW);
- die einmaligen Kosten in Verbindung mit der Eintreibung von Forderungen (z. B. Lehman) oder mit der Durchsetzung von Rechten (z. B. Sammelklage).

Modalitäten für die Berechnung und Aufteilung der Vergütung in Verbindung mit Wertpapierleih- und Pensionsgeschäften (Techniken zur effizienten Portfolioverwaltung):

Wenn auf diese Art Geschäfte zurückgegriffen wird, erfolgt dies zu den üblichen Marktbedingungen. Der Ertrag aus diesen Geschäften fließt vollständig in den Fonds.

Performancegebühr:

Der Fondsmanager kann für jede Anteilsklasse eine Performancegebühr auf der Grundlage der Outperformance des Nettoinventarwerts gegenüber dem Referenzindikator erheben, wie nachfolgend festgesetzt.

Anteil	Thes. / Aussch.	Währung	ISIN	Performancegebühr	Höhe der Gebühr	Mindestrendite	Angewandtes Modell
Classique	Thes.	EUR	FR0010033589	Ja	20 %	€STR kapitalisiert, Schwelle: 0	permanente HWM

Benchmark

Der Referenzindex setzt sich aus folgenden beiden Elementen zusammen:

- Einer High-Watermark (HWM): Die HWM bildet den ersten Referenzwert auf der Grundlage des höchsten Nettoinventarwerts, der ab dem 31.12.2021 am Ende eines Geschäftsjahres erreicht wird.

Die ursprüngliche HWM entspricht dem Nettoinventarwert vom 31.12.2021. Im Fall einer späteren Aktivierung einer neuen Anteilsklasse oder einer Reaktivierung einer zuvor bestehenden Anteilsklasse wird der ursprüngliche Nettoinventarwert bei Auflage dieser neuen bzw. reaktivierten Klasse als ursprüngliche HWM herangezogen.

- Einer Hurdle: Die Hurdle entspricht einem zweiten Referenzwert, der unter der Annahme gebildet wird, dass das Vermögen zu einer Mindestverzinsung angelegt wird, um die die Zeichnungsbeträge erhöht werden. Entsprechend verringert sich dieser Referenzwert im Verhältnis zu den Rücknahmebeträgen. Sollte dieser Mindestzinssatz negativ sein, wird zur Bestimmung der Hurdle ein Zinssatz von 0 % zugrunde gelegt.

Die Anwendung einer HWM garantiert, dass die Anleger keine Performancegebühr zahlen müssen, wenn der Nettoinventarwert den höchsten Nettoinventarwert, der ab dem 31.12.2021 am Ende eines Geschäftsjahres erzielt wird, nicht erreicht.

Diese variable Vergütung richtet die Interessen des Fondsmanagers an denen der Anleger aus und ist an das Risiko-/Ertragsprofil des Fonds gebunden.

Berechnungsmethode für die Performancegebühr

Da sich der Nettoinventarwert der Anteilsklassen unterscheidet, erfolgt die Berechnung der Performancegebühr für jede Anteilsklasse unabhängig und führt zu unterschiedlichen Performancegebühren.

Die Berechnung der Performancegebühr erfolgt mit derselben Häufigkeit wie die Berechnung des Nettoinventarwerts.

Die Berechnungsmethode für die Performancegebühr ist in der Berechnung des Nettoinventarwerts enthalten.



Wenn der zur Berechnungsgrundlage der Performancegebühr verwendete Nettoinventarwert, d.h. der Nettoinventarwert nach Abzug der Performancegebühr auf Rücknahmen, jedoch ohne Berücksichtigung der Performancegebühr auf die umlaufenden Anteile, beide Bestandteile des Referenzindex (HWM und Hurdle) übersteigt, wird eine Outperformance festgestellt.

Die kleinere dieser beiden Outperformances bildet die Berechnungsgrundlage für eine Performancegebühr in Höhe des Bereitstellungssatzes dieser Outperformance, wie nachstehend (unter »Bereitstellungssatz«) aufgeführt.

Im Fall einer unterdurchschnittlichen Wertentwicklung gegenüber einer der beiden Komponenten des Referenzindex wird die Performancegebühr bis zur Höhe des Bereitstellungssatzes dieser Underperformance zurückgebucht. Die buchmäßige Ausweisung der Performancegebühr kann jedoch nie negativ sein.

Wird der Nettoinventarwert zur Vermeidung der Verwässerung angepasst, bleibt diese Anpassung bei der Berechnung der Performancegebühr unberücksichtigt.

Bei ausschüttungsfähigen Anteilsklassen haben etwaige Dividendenausschüttungen keinen Einfluss auf die Performancegebühr der Anteilsklasse.

Für jede Anteilsklasse, die auf die Währung des Fonds lautet, wird die Performancegebühr in dieser Währung berechnet; für Anteilsklassen, die auf eine andere Währung lauten, wird die Performancegebühr – unabhängig davon, ob sie währungsbesichert sind oder nicht – in der Währung der Anteilsklasse berechnet.

Referenzzeitraum

Die Performancegebühr wird im Allgemeinen über einen Zeitraum von 12 Monaten entsprechend dem Geschäftsjahr berechnet. Dieser Zeitraum wird als Referenzzeitraum für die Berechnung der Performancegebühr betrachtet.

Im Fall einer Aktivierung oder Reaktivierung einer Anteilsklasse wird die Performancegebühr für diese Anteilsklasse (ohne Rücknahmen) erst am Ende des Geschäftsjahres ausgewiesen, das auf das Geschäftsjahr, in dem die Anteilsklasse aktiviert bzw. reaktiviert wurde, folgt.

Ausweisung

Jede positive Performancegebühr wird ausgewiesen:

- zum Ende jedes Referenzzeitraums;
- bei jeder Nettorücknahme, die bei jeder Berechnung des Nettoinventarwerts im Verhältnis zur Anzahl der zurückgenommenen Anteile verbucht wird. In diesem Fall wird die Performancegebühr um diesen ausgewiesenen Betrag reduziert;
- bei der Schließung einer Anteilsklasse im Referenzzeitraum.

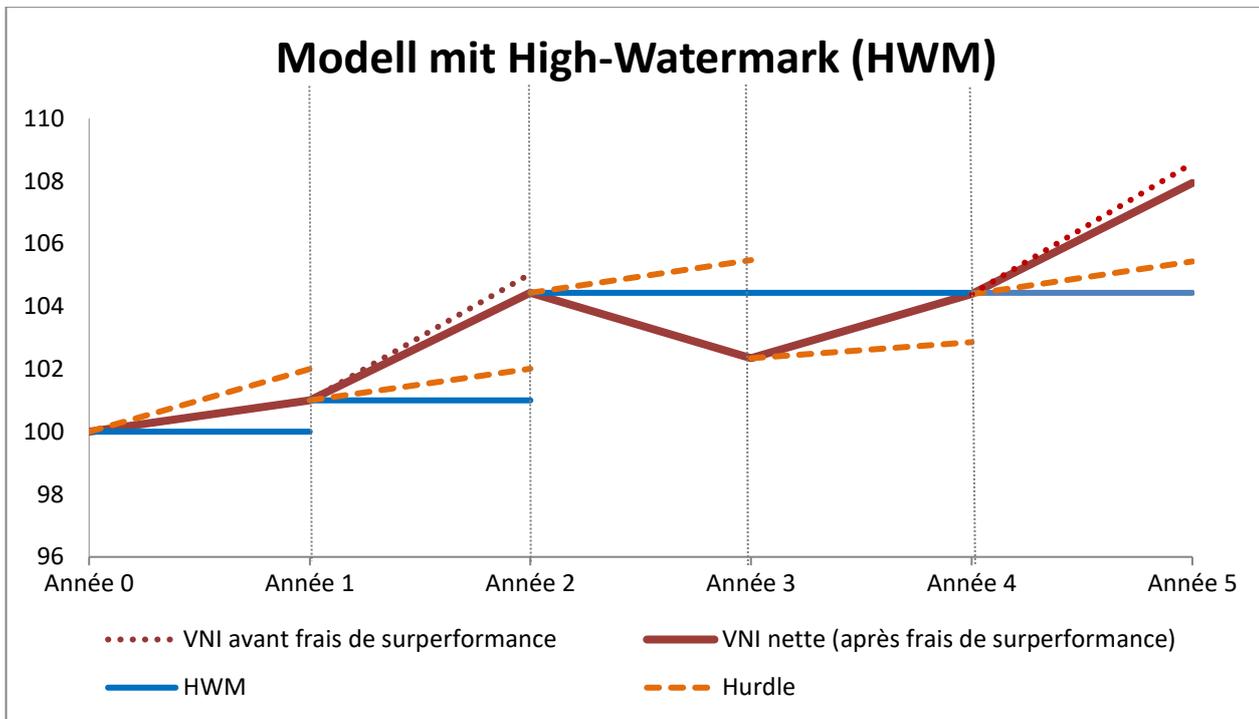
Zudem kann in folgenden Fällen vorschriftsgemäß eine Performancegebühr ausgewiesen werden:

- bei Fusion/Liquidation des Fonds bzw. der Anteilsklasse im Referenzzeitraum;
- im Falle einer Änderung des Mechanismus zur Berechnung der Performancegebühr.

Aufholen von Verlusten

Bei einer negativen Wertentwicklung im Referenzzeitraum wird die Underperformance auf den darauffolgenden Referenzzeitraum vorgetragen. Die HWM entspricht dann folglich der HWM des vorherigen Zeitraums.

Die Hurdle wird indessen unabhängig davon, ob eine Performancegebühr festgestellt und zahlbar wurde oder nicht, zu Beginn eines Zeitraums zurückgesetzt.



Jahr 1: Der NIW liegt über der High-Watermark, aber unter der Hurdle. **Es wird keine Performancegebühr gezahlt. Die High-Watermark wird angepasst.**

Jahr 2: Der NIW liegt am Ende des Zeitraums über der High-Watermark und über der Hurdle. **Es werden Performancegebühren gezahlt. Die High-Watermark wird angepasst.**

Jahr 3: Der NIW liegt am Ende des Zeitraums unter der High-Watermark und unter der Hurdle. **Es wird keine Performancegebühr gezahlt. Die High-Watermark bleibt unverändert.**

Jahr 4: Der NIW liegt am Ende des Zeitraums über der Hurdle, aber nicht über der High-Watermark. **Es wird keine Performancegebühr gezahlt. Die High-Watermark bleibt unverändert.**

Jahr 5: Der NIW liegt am Ende des Zeitraums über der High-Watermark und über der Hurdle. **Es werden Performancegebühren gezahlt. Die High-Watermark wird angepasst.**

	Année 0	Année 1	Année 2	Année 3	Année 4	Année 5
VNI - Début de période	0	100	101	104.4	102.3	104.4
Rendement de la classe d'action (après frais)		1%	4%	-2%	2%	4%
VNI - Fin de période (avant frais de surperformance)	100	101	105	102.3	104.4	108.6
Hurdle - Début de période		100	101	104.4	102.3	104.4
Rendement du hurdle (ou 0% si négatif)		2%	1%	1%	0.5%	1%
Hurdle - Fin de période	100	102	102	105.5	102.9	105.4
HWM - Début de période		100	101	104.4	104.4	104.4
Surperformance classe d'action		0.0	3.03	0.0	0.0	3.1
Commission de surperformance due		NON	OUI	NON	NON	OUI
Commission de surperformance (20%)		0.0	0.61	0.0	0.0	0.63
VNI nette - Fin de période (après frais de surperformance)	100	101	104.4	102.3	104.4	107.9
HWM - Fin de période	100	101	104.4	104.4	104.4	107.9

Die in diesem Dokument enthaltenen Grafiken zur Performance und Tabellen zur Performancegebühr entstammen Simulationen und/oder beruhen lediglich auf Hypothesen. Sie können folglich nicht als zuverlässige Indikatoren für künftige Wertentwicklungen betrachtet werden. Zudem liefern sie keinerlei Garantie dafür, dass der Fonds Wertentwicklungen generiert oder generieren kann oder in der Lage ist, Performancegebühren zu erwirtschaften, deren Höhe bzw. Beträge mit den hier dargelegten Werten vergleichbar sind.

Bei Interesse haben die Anteilszeichner jederzeit die Möglichkeit, beim Fondsmanager Auskünfte über die Berechnungsmodalitäten für die variable Verwaltungsgebühr einzuholen. Die Höhe der insgesamt zu zahlenden variablen Verwaltungsgebühr ist dem jeweiligen Jahresbericht des Fonds zu entnehmen.

Verfahren der Auswahl der Intermediäre:

Candriam wählt für die wichtigsten Kategorien von Finanzinstrumenten (Anleihen, Aktien, Derivate) die Intermediäre aus, an die sie ihre Aufträge zur Ausführung vergibt. Diese Auswahl erfolgt in erster Linie auf Grundlage der Ausführungspolitik der Intermediäre sowie unter Berücksichtigung der »Grundsätze für die Auswahl der Finanzintermediäre, an die Candriam Aufträge zur Ausführung für Rechnung der von ihr verwalteten Fonds vergibt«.

Hierbei werden insbesondere folgende Aspekte der Auftragsausführung berücksichtigt: Preis, Kosten, Schnelligkeit und Wahrscheinlichkeit der Ausführung und Abrechnung sowie Volumen und Art des Auftrags.

Im Rahmen dieses Verfahrens zur Auswahl und Bewertung der Finanzintermediäre und Gegenparteien sowie auf Anfrage des Fondsmanagers entscheidet der Broker-Ausschuss (»Broker Review«) von Candriam über die Zulassung bzw. Ablehnung neuer Intermediäre.



Auf diese Weise wird eine Aufstellung der für die jeweiligen Finanzinstrumente (Aktien, Anleihen, Geldmarktinstrumente, Derivate) zugelassenen Makler sowie eine Aufstellung der zugelassenen Gegenparteien erarbeitet.

Die Liste der zugelassenen Broker wird im Rahmen einer »Broker Review« in regelmäßigen Abständen einer Überprüfung unterzogen, um diese nach verschiedenen Filtern zu bewerten und erforderliche und zweckdienliche Änderungen und Anpassungen treffen zu können.



IV. ANGABEN ZUM VERTRIEB

Informationen über den OGAW

Alle Informationen über den FCP können direkt über die folgende Adresse bezogen werden:

CANDRIAM

SERENITY – Bloc B
19-21 route d'Arlon
L-8009 Strassen (Großherzogtum Luxemburg)

Candriam, Succursale Française

40, rue Washington
75408 PARIS Cedex 08
Tel.: +33 (0)1 53 93 40 00

Die in der Vergangenheit im Vergleich zum Referenzindex erzielte Performance kann den Wesentlichen Anlegerinformationen der Anteilsklasse des Fonds entnommen werden, die über die Website der Verwaltungsgesellschaft abrufbar sind.

Rücknahme oder Auszahlung der Anteile

Alle Anträge auf Zeichnungen oder Rücknahmen in Bezug auf den OGAW werden bei folgender Stelle zentral verwaltet:

Depotbank und Verwahrstelle:

CACEIS BANK

Gesellschaftssitz: 89-91 rue Gabriel Péri
92120 Montrouge

Ökologische und soziale Aspekte sowie Qualität der Unternehmensführung (»ESG-Faktoren«)

Die Informationen über die Bedingungen, unter denen im Rahmen der Anlagepolitik ökologische und soziale Aspekte und die Qualität der Unternehmensführung berücksichtigt werden, sind auf der Website www.candriam.com abrufbar und werden darüber hinaus im Jahresbericht zur Verfügung gestellt.

V. ANLAGEREGELN

Der OGAW hält die für allgemein ausgerichtete OGAW französischen Rechts geltenden aufsichtsrechtlichen Kennziffern ein und erfüllt die Bedingungen der Europäischen Richtlinie 2009/65/EG in ihrer Umsetzung durch das französische Währungs- und Finanzgesetz. Die für diesen OGAW geltenden Bestimmungen zur Risikostreuung müssen jederzeit befolgt werden. Werden diese Beschränkungen von der Verwaltungsgesellschaft unbeabsichtigt oder infolge der Ausübung von Bezugsrechten überschritten, so hat die Verwaltungsgesellschaft als vorrangiges Ziel die schnellstmögliche Normalisierung dieser Lage unter Berücksichtigung der Interessen der Anteilhaber des OGAW anzustreben.

VI. GESAMTRISIKO

Das von der Verwaltungsgesellschaft gewählte Verfahren zur Messung des Gesamtrisikos ist die Berechnung des Engagements entsprechend dem Règlement Général der AMF.

VII. VERGÜTUNG

Die Verwaltungsgesellschaft hat in Bezug auf die Vergütung ihres Personals Rahmenbedingungen festgesetzt und unter Berücksichtigung der geltenden rechtlichen Bestimmungen eine Vergütungspolitik (die »Vergütungspolitik«) ausgearbeitet, wobei insbesondere die folgenden Grundsätze Anwendung finden:

Die Vergütungspolitik ist mit einem soliden und effizienten Risikomanagement, auch der Nachhaltigkeitsrisiken, vereinbar. Sie ist diesem förderlich und ermutigt nicht zum Eingehen von Risiken, die mit den Risikoprofilen und/oder dem Verwaltungsreglement des Fonds unvereinbar sind. Candriam hat Konzepte zur Förderung eines verantwortungsbewussten Verhaltens der Manager und Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsauswirkungen entwickelt.

Die Vergütungspolitik steht mit Geschäftsstrategie, Zielen, Werten und Interessen der Verwaltungsgesellschaft, des Fonds und der Anleger im Einklang und beinhaltet Maßnahmen zur Vermeidung von Interessenkonflikten.

Die Vergütungsstruktur von Candriam ist an eine risikobereinigte Performance geknüpft. Die Performancebewertung erfolgt unter Berücksichtigung mehrerer Jahre in Übereinstimmung mit der den Anlegern des Fonds jeweils empfohlenen Mindesthaltedauer; d. h., sie bezieht sich auf die langfristige Performance des Fonds und seine Anlagerisiken, und die effektive Zahlung der von der Performance abhängigen Vergütungsbestandteile verteilt sich über denselben Zeitraum wie die Performancebewertung.

Candriam trägt dafür Sorge, dass ihre Mitarbeiter keine Anreize erhalten, unangemessene und/oder übermäßige Risiken



einschließlich Nachhaltigkeitsrisiken, einzugehen, die mit dem Risikoprofil von Candriam und gegebenenfalls dem Risikoprofil der verwalteten Fonds nicht vereinbar sind. Da der Fonds die Nachhaltigkeitsauswirkungen mit einbezieht, achtet Candriam zudem darauf, dass ihre Mitarbeiter diese Nachhaltigkeitsauswirkungen gebührend berücksichtigen.

So sorgt die Vergütungspolitik dafür, dass bei der Gesamtvergütung feste und variable Bestandteile in einem angemessenen Verhältnis stehen; die feste Komponente stellt immer einen hinreichend hohen Anteil der Gesamtvergütung dar; die Politik hinsichtlich der variablen Vergütungsbestandteile ist hinreichend flexibel und lässt insbesondere die Möglichkeit zu, gar keine variable Komponente zu zahlen.

Nähere Informationen zur aktualisierten Vergütungspolitik, einschließlich der Zusammensetzung des Vergütungskomitees und einer Beschreibung, wie Vergütungen und Vergünstigungen berechnet werden und wie diese Politik die Nachhaltigkeitsrisiken und -auswirkungen gebührend berücksichtigt, sind auf der Website der Verwaltungsgesellschaft über den nachfolgenden Link erhältlich:

https://www.candriam.com/siteassets/legal-and-disclaimer/external_disclosure_remuneration_policy.pdf

Auf Anfrage stellen wir Ihnen ebenfalls kostenfrei ein Exemplar in Papierform zur Verfügung.

VIII. REGELN FÜR DIE BEWERTUNG DER VERMÖGENSWERTE

Bewertungsgrundsätze:

Aktien, Optionsscheine und Bezugsrechte

Aktien werden zu dem an der jeweiligen Börse festgestellten Schlusskurs des betreffenden Stichtags bewertet.

ETF und OGA

ETF und OGA werden zu ihrem am jeweiligen Stichtag an den betreffenden Märkten festgestellten repräsentativen Nettoinventarwert bewertet oder, falls ein solcher nicht verfügbar ist, zum vorhergehenden Nettoinventarwert.

Anleihen

Anleihen werden zu ihrem Schlusskurs auf der Grundlage des zwischen den Marktteilnehmern am jeweiligen Stichtag erzielten Preises bewertet.

Handelbare Schuldtitel (TCN) und sonstige Geldmarktinstrumente

Marktfähige Schuldtitel und sonstige Geldmarktinstrumente werden anhand des Preises bewertet, der auf Basis der am jeweiligen Stichtag repräsentativen Marktdaten berechnet wird.

An einem organisierten Markt gehandelte Futures und Optionen

Diese Finanzinstrumente werden zu dem an dem jeweiligen Terminmarkt festgestellten Schlusskurs des betreffenden Stichtags bewertet.

Ausgeglichene OTC-Derivate

Diese Finanzinstrumente werden zum Schlusskurs bewertet, der von der CCP (Central Counterparty) am betreffenden Stichtag festgestellt wurde.

Kassakurse

Kassakurse werden auf der Grundlage der Marktdaten bewertet, die von spezialisierten Datenanbietern zur Verfügung gestellt werden.

Devisentermingeschäfte

Devisentermingeschäfte werden auf der Grundlage der Marktdaten bewertet, die von spezialisierten Datenanbietern zur Verfügung gestellt werden (Kassakurse, Zinskurven).

Kreditderivate

Nicht ausgeglichene Kreditderivate werden auf der Grundlage von Berechnungsmodellen bewertet, die von der Verwaltungsgesellschaft genehmigt wurden. Diese Modelle verwenden Marktdaten (Spreadkurven, Zinskurven etc.), die von spezialisierten Datenanbietern zur Verfügung gestellt werden. Die so berechneten Kurse werden mit denen der Gegenparteien abgeglichen.

Zinsswaps

Nicht ausgeglichene Zinsswaps werden auf der Grundlage von Berechnungsmodellen bewertet, die von der Verwaltungsgesellschaft genehmigt wurden. Diese Modelle verwenden Marktdaten (Zinskurven etc.), die von spezialisierten Datenanbietern zur Verfügung gestellt werden. Die so berechneten Kurse werden mit denen der Gegenparteien abgeglichen.

Sonstige außerbörsliche Derivate (OTC)

Nicht ausgeglichene außerbörsliche Instrumente werden mithilfe von Modellen berechnet, die von der Verwaltungsgesellschaft anerkannt wurden und sich auf Marktdaten von spezialisierten Datenanbietern (Volatilitäten, Zinskurven etc.) stützen. Die mithilfe dieser Modelle berechneten Kurse werden mit jenen der Gegenparteien abgeglichen.

Pensionsgeschäfte, umgekehrte Pensionsgeschäfte, Leihe und Verleihe von Wertpapieren

In Pension genommene (oder gegebene) Wertpapiere sowie Verleihungen (oder Entleihungen) von Wertpapieren werden zu ihren Anschaffungskosten zuzüglich Zinsen bewertet.

Ausnahmeverfahren

Schuldtitel, die nicht Gegenstand umfangreicher Transaktionen sind oder deren Kurs augenscheinlich keine repräsentative Bezugsgrundlage für den Markt darstellt, können gemäß einer auf Schätzungen basierenden Bewertungsmethode unter der Verantwortung der Verwaltungsgesellschaft bewertet werden. Darüber hinaus können versicherungsmathematische Methoden eingesetzt werden (wobei der herangezogene Satz dem von Emissionen vergleichbarer Titel entspricht, gegebenenfalls nach einer Anpassung, die die spezifischen Merkmale des Emittenten widerspiegelt).

Optionen, die nicht Gegenstand umfangreicher Transaktionen sind und/oder deren Kurs keine repräsentative Bezugsgrundlage für den Markt darstellt, können unter der Verantwortung der Verwaltungsgesellschaft nach einem Verfahren bewertet werden, das den Schlusskurs am Markt widerspiegelt.

Hauptquellen

Die wichtigsten für die Bewertungen herangezogenen spezialisierten Datenanbieter sind Bloomberg, CMA, WMC und Factset. Sofern sie dies für angebracht hält, kann die Verwaltungsgesellschaft jedoch unter ihrer Verantwortung die Datenanbieter wechseln.

Bilanzierungsverfahren:

Erträge aus Finanzinstrumenten werden auf der Grundlage der aufgelaufenen Kuponzinsen erfasst.

Außerbilanzielle Posten:

Außerbilanzielle Positionen in Bezug auf Swapkontrakte auf Zinssätze und Devisen werden zum Nominalwert des betreffenden Kontrakts ausgewiesen.

Außerbilanzielle Positionen an den französischen und ausländischen Terminmärkten werden vorschriftsgemäß wie folgt bewertet:

- Feste Termingeschäfte: Stückzahl x Nennwert x Tageskurs der Kontraktwährung.
- Bedingte Termingeschäfte: Stückzahl x Delta x Mindestschluss x Kurs des Basiswerts in der Kontraktwährung.

Die außerbilanziellen Devisengeschäfte werden in der Tabelle je Notierungswährung sowohl unter Absicherung als auch unter sonstige Geschäfte aufgeschlüsselt (im Unterschied zur zeilenweisen Darstellung außerbilanzieller Positionen, um damit jeweils beide Währungen zu berücksichtigen).

DATUM DER AKTUALISIERUNG DES PROSPEKTS: 1.04.2024

